

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 7



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 21. Jahrgang, 10. Wahlperiode, 3. 4. 1990

WORT UND WIDERWORT

Werden Aus- und Übersiedler zum Problem für das Land NRW?

*Der massenhafte Ansturm von Aus- und Übersiedlern habe das Land und seine Gemeinden vor fast unlösbare Probleme gestellt. Bis zur Öffnung der Grenzen in Osteuropa und in der DDR sei „unser Problem“ die Integration gewesen. Heute sei es der soziale Frieden zwischen den Zuwanderern und der einheimischen Bevölkerung, der gefährdet sei. Wer heute noch eine Politik der Vereinigung Deutschlands auf dem Boden der Bundesrepublik betreibe, schade nicht nur den Menschen in der DDR und in den osteuropäischen Ländern, sondern er mißachte auch die Interessen der einheimischen Bevölkerung. Diese Ansicht vertritt der SPD-Abgeordnete **Ulrich Schmidt**. Der CDU-Abgeordnete **Hermann-Josef Arentz** betont, der Versuch der SPD, eine „Lösung“ durch Diskriminierung und Ausgrenzung von Aus- und Übersiedlern zu erreichen, sei unmoralisch. Tatsache sei, daß die meisten Aus- und Übersiedler wegen der Unerträglichkeit der Lebensverhältnisse in den sozialistischen Staaten „zu uns“ gekommen seien. Nach den ersten freien Wahlen sei die Zahl der Übersiedler um mehr als 50 Prozent zurückgegangen. Wiedervereinigung, soziale Marktwirtschaft und Freiheit der Menschen in der DDR seien wirksamste Mittel, um den Prozeß der Massenübersiedlung zu stoppen. Der F.D.P.-Abgeordnete **Hans-Joachim Kuhl** merkt an, die F.D.P. warne davor, im Wahlkampf aufkeimende Ressentiments in der Bevölkerung nachzugeben und „bei uns“ Mauern aus Paragraphen zu errichten, nachdem endlich die Mauer aus Stahl und Beton zwischen den beiden deutschen Staaten eingerissen sei. Man müsse mit aller Kraft den wirtschaftlichen Reformprozeß in der DDR unterstützen.*

Untersuchungsausschuß kein Kampfinstrument mehr Vorsitz künftig nach d'Hondt

Der Landtag hat in zweiter Lesung das Gesetz über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags NRW im Entwurf der SPD-Fraktion verabschiedet. Ein entsprechender CDU-Gesetzesentwurf wurde für erledigt erklärt.

Danach werden die Rechte des Vorsitzenden eines U-Ausschusses klarer gefaßt. Er soll nicht mehr die Doppelrolle als Ausschußorgan wie auch als parteiischer Vertreter seiner Fraktion spielen. Künftig gilt, wie der SPD-Abgeordnete Reinhard Grätz sagte, „das Institut des Vorsitzenden ohne Stimmrecht“. Grätz bezeichnete ferner als eigentlichen Anlaß für die Novelle den Wunsch, daß in Zukunft, wie im Parlament üblich, Ausschußvorsitze nach dem d'Hondtschen Verfahren vergeben werden. Der CDU-Abgeordnete Heinz Paus merkte an, das Gesetz sehe ferner erstmals eine Abwahlmöglichkeit für den Vorsitzenden vor. Positiv sei, daß die Abwahl an ein Quorum gebunden sei. Zum Zwischenbericht meinte er, dieser könne nur als eine Information über den verfahrensmäßigen Stand der Ausschußarbeit gelten.

Der F.D.P.-Abgeordnete Dr. Horst-Ludwig Riemer unterstrich, wenn man etwas für die Demokratie tun wolle, müsse man weg vom Untersuchungsausschuß als politischem Kampfinstrument.

Die Woche im Landtag

Steinkohle

Gegen eine Senkung der jährlichen Fördermengen deutscher Steinkohle hat sich Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) in einer Regierungserklärung ausgesprochen. (Seite 3)

Aussiedler

Die Bundesregierung muß nach Auffassung von NRW-Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) den Zuzug von Aussiedlern, vor allem aus Polen, drastisch einschränken. (Seite 7)

Geiseldrama

Die Oppositionsfraktionen haben ihre Vorwürfe gegenüber dem Innenminister und der Polizei bei der Debatte über den Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses „Geiseldrama Gladbeck“ wiederholt. (Seite 9)

Finanzberatungen

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat in Berlin über die Auswirkungen der Überwindung der deutschen Teilung auf die öffentlichen Haushalte beraten. (Seite 13)

HDTV-Filme

In einer ehemaligen Kohlenmischhalle auf einem Oberhausener Zechengelände soll die Produktion von großen HDTV-Filmen beginnen. (Seite 15)

Bewährungshilfe

Bewährungshelfer haben vor dem Rechtsausschuß auf ihre hohe Belastung bei der Betreuung ihrer Klientel hingewiesen. (Seite 16)



Nach beiden Seiten offen

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

WORT UND WIDERWORT

Aufbau in der DDR muß massiv unterstützt werden

Von
Ulrich Schmidt

Der massenhafte Ansturm von Aus- und Übersiedlern hat das Land und seine Gemeinden vor fast unlösbare Probleme gestellt. Es gibt kaum einen größeren Ort in Nordrhein-Westfalen, in dem nicht Turnhallen und andere Einrichtungen mit Aus- und Übersiedlern belegt sind, ganz zu schweigen von der Verknappung des Wohnungsangebots und der Belastung auf dem Arbeitsmarkt.

Bis zur Öffnung der Grenzen in Osteuropa und in der DDR war unser Problem die Integration; heute ist es der soziale Frieden zwischen den Zuwanderern und der einheimischen Bevölkerung, der gefährdet ist.

Die Bürgerinnen und Bürger haben nach der Öffnung der Mauer und vor allem nach der Wahl am 18. März kein Verständnis mehr dafür, daß DDR-Bürger anders behandelt werden als die einheimische Bevölkerung. Notaufnahmen und Vergünstigungen stammen aus einer Zeit, in der durch politische Verfolgung und die Einschränkung von Menschenrechten ein „Vertreibungsdruck“ bestanden hat.

Die Landesregierung hat sich frühzeitig auf die neue Situation eingestellt, hat entsprechend gehandelt und Initiativen im Bundesrat ergriffen. Von der CDU wurde sie noch im Februar bezichtigt, „Sozialneid zu schüren“. Kurz darauf wurde diese Haltung durch den viel zu späten Kurswechsel der Bundesregierung in der Übersiedlerfrage als skrupellose Heuchelei entlarvt. Nimmt man den Wahlkampf der CDU/CSU in der DDR hinzu, muß man mit Bedauern feststellen, daß der Regierung in Bonn und der

Von
Hermann-Josef Arentz

Durch den großen Zustrom von Aus- und Übersiedlern erwachsen dem Land neue Aufgaben und neue Chancen.

Zu den Aufgaben gehören die Wohnungsprobleme, die berufliche und soziale Integration sowie die Anpassung der Kapazitäten in Kindergärten und Schulen. Auf all diesen Gebieten hat die Landesregierung ihre Pflicht nicht erfüllt. Das betrifft in besonderer Weise den Wohnungsbau. Es ist bezeichnend, daß in diesem Jahr das Land Niedersachsen mit 7,2 Mio. Einwohner 50 000 Neubauwohnungen im Wohnungsbau fördert, während es das Land Nordrhein-Westfalen (17 Mio. Einwohner) nur auf 29 000 Wohnungen bringt.

Defizite sind auch bei der Versorgung mit Kindergartenplätzen und Lehrern in den Schulen zu beklagen. Schon 1988 fehlten in NRW 100 000 Kindergartenplätze. Inzwischen sind es 150 000 Plätze. Die Landesregierung widmet dem Bereich Kindergärten nicht die notwendige Aufmerksamkeit und Hilfe. Gleiches gilt für die Lehrereinstellung. 40 000 neue Schüler alleine durch Aus- und Übersiedler – aber selbst in diesem Jahr werden weniger Lehrer eingestellt als ältere Lehrer in Pension gehen. Und das bei einem Unterrichtsausfall von 350 000 Stunden pro Woche.

Die Tatsachen zeigen: die Regierung Rau ist unfähig, die Herausforderungen der Aus- und Übersiedler zu lösen. Wenn Herausforderungen nicht gelöst werden, werden sie in der Tat zu einem Problem für das Land und seine Bürger.

Von
Hans-Joachim Kuhl

Daß die hohen Zahlen an Aus- und Übersiedlern in unserem Land längst zu einem ganz gravierenden Problem für nahezu alle Städte und Gemeinden unseres Landes geworden sind, pfeifen die Spatzen von den Dächern.

Was die Dimension des Problems anbelangt: Zu einem noch wesentlich schwieriger zu bewältigenden Problem ist die hohe Übersiedlerzahl für die DDR geworden.

Die F.D.P. warnt davor, im Wahlkampf aufkeimenden Ressentiments in der Bevölkerung nachzugeben, Sozialneid zu schüren und bei uns Mauern aus Paragraphen zu errichten, nachdem endlich die Mauer aus Stahl und Beton zwischen den beiden deutschen Staaten eingerissen ist.

Das Problem der Aus- und Übersiedler sollte nicht dramatisiert, sondern an den Wurzeln angegangen werden: Wir müssen mit aller Kraft den wirtschaftlichen Reformprozeß in der DDR unterstützen. Nur wenn in der DDR Signale der Hoffnung sichtbar werden, wenn unsere Landsleute Chancen für eine Lebensgestaltung in Freiheit und materielle Sicherheit sehen, wird der Übersiedlerstrom verebben. Die F.D.P. geht zuversichtlich davon aus, daß sich schon kurzfristig Besserungen zeigen werden, z. B. als Folge der Währungsunion. Deshalb halten wir es für vertretbar, daß ab dem 1. Juli das Notaufnahmeverfahren entfällt, wenn drüben gleichzeitig die DM eingeführt wird.

SPD: Gegensteuern und Aufbau in der DDR unterstützen

Opposition in Düsseldorf im Wahlkampf offenbar alles zuzutrauen ist.

Leider zeigt sich in der Aussiedlerfrage, die ein besonderes Problem gerade für unser Land darstellt, noch wenig Bewegung bei der Bundesregierung. Aber es ist wohl auch hier nur eine Frage der Zeit, bis sie auf die Linie der SPD einschwenkt.

Unsere Forderungen sind klar:

- 1.) Massive wirtschaftliche und soziale Unterstützung des Aufbaus in der DDR.
- 2.) Abschaffung von Sonderregelungen für Aus- und Übersiedler wie Notaufnahmen und Vertriebenengesetze sowie Abbau aller Sonderleistungen.
- 3.) Übernahme der Kosten bzw. Erstattung der Sozialhilfeleistungen für Aus- und Übersiedler durch den Bund.

Wer heute noch eine Politik der Vereinigung Deutschlands auf dem Boden der Bundesrepublik betreibt, schadet nicht nur den Menschen in der DDR und in den osteuropäischen Ländern, sondern er mißachtet auch die Interessen der einheimischen Bevölkerung.

Vielen wird der wirtschaftliche Aufbau in ihren Heimatländern nicht schnell genug gehen, und sie werden auch ohne Sondervorteile zu uns kommen, um einen neuen Start zu wagen, weil sie meinen, daß sie in ihrer Heimat keine Lebensperspektive haben. Es ist ein selbstverständliches Gebot der Solidarität, daß sie dabei Anspruch auf Betreuung und Hilfe haben, die ihrer persönlichen Situation gerecht wird.

CDU: Neue Chancen für NRW durch Aus- und Übersiedler

Durch Versuch der SPD, eine „Lösung“ durch Diskriminierung und Ausgrenzung von Aus- und Übersiedlern zu erreichen, ist unmoralisch. Tatsache ist, daß die meisten Aus- und Übersiedler wegen der Unerträglichkeit der Lebensverhältnisse in den sozialistischen Staaten zu uns gekommen sind. Nach den ersten freien Wahlen in DDR ist die Zahl der Übersiedler um mehr als 50 Prozent zurückgegangen. Wiedervereinigung, Soziale Marktwirtschaft und Freiheit der Menschen in der DDR sind deshalb das wirksamste Mittel, um den Prozeß der Massenübersiedlung zu stoppen.

Mit bössartiger Konsequenz verschweigt die Landesregierung die Chancen, die sich durch den Zustrom der Aus- und Übersiedler ergeben. Die Aus- und Übersiedler sind im Durchschnitt deutlich jünger als die einheimische Bevölkerung. Diese Verjüngung tut uns insgesamt gut. Sie erleichtert die Finanzierbarkeit unseres Rentensystems. Sehr oft haben Aus- und Übersiedler schnell bestehende Facharbeiterlücken stopfen können. Die zusätzliche Nachfrage durch Aus- und Übersiedler hat im vergangenen Jahr zu einem Wachstum von 0,5 bis ein Prozent geführt – das entspricht einem bundesdeutschen Wohlstandszuwachs in Höhe von fast 20 Mrd. Mark.

Wer so wie die Regierung Rau diese positiven Tatsachen verschweigt, zeigt, daß er fest entschlossen ist, Wahlkampf auf dem Rücken dieser Menschen zu machen.

F.D.P.: Aus- und Übersiedler nicht diskriminieren

In diesen Tagen zeigt sich allerdings erst das ganze Ausmaß der sozialistischen Mißwirtschaft. Deshalb glauben die Liberalen, daß es – wenige Tage nach der ersten freien Wahl in der DDR – ein denkbar ungünstiger Zeitpunkt ist, um bei uns Verfahrensänderungen herbeizuführen, und daß es unverantwortlich ist, jetzt markige Sprüche von „Aufnahmestopp“ usw. vom Stapel zu lassen, wie dies die SPD-Landesregierung tut. Bei mancher Stellungnahme von SPD-Seite drängt sich der unangenehme Eindruck auf, daß Sozialdemokraten im Landtagswahlkampf nicht nur jede Solidarität mit unseren Landsleuten über Bord werfen, sondern sogar auf eine mehr als unanständige „Abschreckungsstrategie“ setzen.

Die F.D.P. setzt sich für gleiches Recht für alle Deutschen ein, auch für Aus- und Übersiedler. Wir sollten eventuelle Rest-Anreize zur Aus- und Übersiedlung beseitigen; wir sollten Aus- und Übersiedler aber auf keinen Fall diskriminieren.

Völlig unerklärlich ist die Handlungsweise der SPD-Landesregierung, durch Herrn Schnoor rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, weil sie Sinti und Roma sind, ein Bleiberecht in Nordrhein-Westfalen zu gewähren, während Hermann Heinemann Deutsche aus der DDR zurückschicken will. Eine merkwürdige Arbeitsteilung der SPD-Minister.

Opposition warnt vor zu großen Hoffnungen auf Kohleabsatz in der DDR

Rau und SPD stimmen Mehrheit der Mikat-Kommission zu Jährliche Fördermenge von 55 Millionen Tonnen nötig

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat sich in einer Regierungserklärung zur Kohle-, Energie- und Strukturpolitik am 28. März gegen eine Senkung der jährlichen Fördermengen deutscher Steinkohle ausgesprochen. Rau stimmte dem Ergebnis einer Expertenkommission unter Leitung des ehemaligen nordrhein-westfälischen Kultusministers Paul Mikat (CDU) ausdrücklich zu, die mehrheitlich für eine jährliche Fördermenge von 55 Millionen Tonnen Steinkohle bis zunächst zum Jahre 2005 plädiert hatte. Neue Absatzchancen sah Rau auch durch die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und in der DDR. Die Oppositionsfraktionen von CDU und F.D.P. warnten dagegen vor allzu großen Hoffnungen auf Absatzchancen in der DDR. Christa Thoben (CDU) kritisierte den Regierungschef, er habe abermals den Eindruck erweckt, mit dem Widerstand gegen die Kernenergie ließen sich neue Absatzmärkte für die heimische Kohle erschließen. Der F.D.P.-Abgeordnete Hagen Tschoeltsch forderte, die „ideologisch bedingte Auseinandersetzung Kohle gegen Kernenergie“ zu unterlassen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Professor Dr. Friedhelm Farthmann wie auch Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD) nannten die Aussage wichtig, daß die Mikat-Kommission das Mengengerüst bis 1995 garantiert habe.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) erinnerte in seiner Regierungserklärung daran, die Kohlekommission habe der Bundesregierung einen Zwischenbericht vorgelegt. Sie habe die Regierungen Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes parallel unterrichtet. Erstmals hätten Sachverständige unterschiedlicher Herkunft einhellig festgestellt, daß die heimische Kohle für die deutsche und europäische Versorgungssicherheit langfristig unverzichtbar sei. „Das ist ein hervorragendes Ergebnis“, meinte Rau. Damit sei klar: Die heimische Kohle habe Zukunft. Auf weitere Überlegungen der Kohlekommission eingehend, sagte der Ministerpräsident, die Kommission habe einstimmig und mit großem Nachdruck die Auffassung vertreten, daß die Sorge für eine sichere Energieversorgung gesamtstaatliche Aufgabe sei. Sie sehe in der Produktion von Energieträgern im eigenen Land das wichtigste Mittel zur Erhöhung der Versorgungssicherheit. Sie messe der heimischen Kohle in einem „risikomindernden Energiemix“ eine entscheidende Rolle zu. Die Bundesregierung sei jetzt in der Pflicht, sich eindeutig zu ihrer energie- und kohlepolitischen Verantwortung zu erklären und entsprechend zu handeln. Darüber hinaus habe die Kommission versucht, Absatzmengen zu markieren, die als „Überlebensgrenze“ auf keinen Fall unterschritten werden dürften. Eine klare Mehrheit sehe diese „Effizienzgrenze“ bei 35 Millionen Tonnen im Jahr für die Verstromung und bei einer Gesamtförderung von 55 Millionen Tonnen, und zwar bezogen auf das Jahr 2005 — nicht etwa auf 1995. Sieben von zehn Mitgliedern der Kommission hätten diese Auffassung vertreten. Drei Mitglieder hätten eine Verstromungsmenge von 25 Millionen Tonnen und ein Gesamtförderung von 35 bis 40 Millionen Tonnen ins Gespräch gebracht. Die Landesregierung widerspreche dieser Minderheitsmeinung mit allem Nachdruck. Statt über das Herunterfahren von Mengen sollte man stärker über neue Absatzchancen für die Kohle nachdenken. Schon jetzt sei absehbar: Die DDR werde ihre Braunkohlenförderung drastisch drosseln und Polen werde seine Kohle selber brauchen. Daraus ergäben sich zusätzliche Aufgaben, „für unsere Bergbauunternehmen“. Rau berichtete ferner, daß Kohlekommission sei der Ansicht, daß auch die Kernenergie einen Beitrag zur Stromerzeugung zu leisten habe. Die Landesregierung habe im Landtag verschiedentlich erläutert, warum sie die Kernenergie auf Dauer nicht für vertretbar halte. Im übrigen gelte weiter, die heimische Kohle sei nicht deshalb in Schwierigkeiten, „weil wir eine Energieversorgung ohne Kernkraft wol-



Debatte über die Zukunft der Kohle: v.l. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), Christa Thoben (CDU), Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) und Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD).
Fotos: Schüler

len“. Es bestehe eher die Gefahr, daß Kernenergiestrom den Kohlestrom zunehmend verdränge. Im übrigen hätte er sich gewünscht, daß die Kohlekommission, wenn sie sich zur Kernenergie äußere, auch zu ihren Risiken etwas gesagt hätte. Rau fügte hinzu, die Landesregierung sei — unabhängig von ihrem politischen Nein zur Kernenergie — bereit, daran mitzuwirken, daß ein neuer Konsens in der Entsorgungsfrage gefunden werde.

Christa Thoben, wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, bemerkte unzureichende Bezüge in der Regierungserklärung und zitierte aus dem Gutachten: Bewegung in die erstarrten Fronten der Kohlepolitik zu bringen, sei wegen der Kosten unerlässlich. Pro Beschäftigten belaufe sich gegenwärtig die öffentliche Unterstützung auf 66 000 Mark. Die Subventionen seien abzubauen. Außer Steinkohle gebe es noch andere heimische Energiequellen. Versorgungssicherheit müsse den gesamten Energiemix berücksichtigen. Im Elektrizitätssektor stünden ab 1995 Ersatzinvestitionen an. Bei neuen Kraftwerkstypen brauche für dieselbe Strommenge bis zu 30 Prozent weniger Kohle abgebaut zu werden. Nicht Kernenergie, sondern Importkohle sei Wettbewerber der Steinkohle. In der DDR könnten höchstens sechs Millionen Tonnen Steinkohle abgesetzt werden, und dies zu Weltmarktpreisen. Jetzt stehe gemeinsame Energiepolitik an. Sie müsse betriebswirtschaftlich vernünftig betrieben werden. Bei alleiniger Verantwortung des Bundes entfielen regional- und beschäftigungspolitische Argumente. Insgesamt sollten die Aussagen der Kommission ernst genommen werden.

Hagen Tschoeltsch, wirtschaftspolitischer Sprecher der F.D.P.-Fraktion, warf Rau vor, an der Ideologie „Kohle gegen Kernenergie“ festzuhalten und den Konsens mit den anderen Bundesländern außer acht gelassen zu haben. Vier Eckpunkte: Subventionsabbau, Kostenoptimierung, Ersatz des Kohlelepfennigs durch wettbewerbsneutrale Mittel, Kernenergie seien mit den Stimmen aller Kommissionsmitglieder befürwortet worden. Für die von Rau beschworene Effizienzgrenze gebe es keine deutliche Erklärung. Diese sei von DDR-Lieferungen völlig unabhängig. Im übrigen seien Investitionen in der DDR, nicht Lieferungen von hier nach da, der richtige Weg, die deutsche Stromerzeugung basiere zu über 90 Prozent aus heimischen Energieträgern, das ändere auch ein Einbezug der DDR nicht. Zur Strukturpolitik, etwa Ersatzarbeitsplätze für teure Randzonen, habe Rau wenig gesagt. Den Bürgern und den Unternehmern, aber auch der Bundesregierung, gebühre Dank für erfolgreichen Strukturwandel. Die Landesregierung dürfe sich nicht zum giftigen Wahlkämpfer vorbeissen.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Fraktionsvorsitzender, meinte, beim beherrschenden Thema DDR müsse jetzt wieder auf die eigenen Interessen geachtet werden. Die CDU wolle Geld verteilen, das sie nicht habe. Einerseits unverantwortliche Verschuldung zu beklagen, andererseits neue Mittel zu fordern, sei doppelzünftig. Bei der Steinkohle gehe es um den künftigen Beitrag zur Stromerzeugung. Die CDU-Sprecherin habe nicht gesagt, was am Gutachten der Kommission richtig sei. Das wichtigste
Fortsetzung Seite 8

Landtagspräsident zum Abschluß der Wahlperiode: Parlament der Arbeit

Integration Europas und die Deutschlandpolitik waren herausragende Themen im „Haus des Souveräns“

Landtagspräsident Karl Josef Denzer gab zum Abschluß der 10. Wahlperiode einen Bericht über die Arbeit des Parlaments im Plenum des Landtags. Hier der Wortlaut der Rede:

„Die heutige 137. Sitzung ist die letzte der 10. Wahlperiode des Landtags Nordrhein-Westfalen. Am 31. Mai wird der neue, der 11. Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten.

Es ist in diesem Hause guter Brauch, daß der Präsident des Landtags zum Abschluß der Legislaturperiode Bilanz für den Landtag zieht und die vergangenen fünf Jahre zusammenfassend würdigt.

Vorher aber ist es eine Verpflichtung, unserer verstorbenen Kollegen zu gedenken. Die Abgeordneten Paul Krings, Udo Scheepers, Hans Reymann, Gerd Ripkens und Dr. Dieter Aderhold sind während der 10. Wahlperiode verstorben. Sie waren Teil dieses Parlaments. Sie haben für unser Land politisch gearbeitet. Wir wollen ihrer noch einmal in Stille gedenken. Ihren Angehörigen übermitteln wir nochmals unsere herzliche Anteilnahme und das Versprechen, daß wir diese Kollegen nicht vergessen werden.

Meine Damen und Herren, das, was schon meine Vorgänger, Dr. Wilhelm Lenz und John van Nes Ziegler, in ihren Rechenschaftsberichten zur 8. und 9. Wahlperiode beschäftigt hatte, ist im Herbst 1988 Wirklichkeit geworden: Der Landtag hat sein neues Haus bezogen, ein Haus des Souveräns, wie ein Journalist schrieb, ein Haus für die 17 Millionen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Der neue Landtag ist für mich selbstbewußter Ausdruck für Parlamentarismus und Föderalismus.

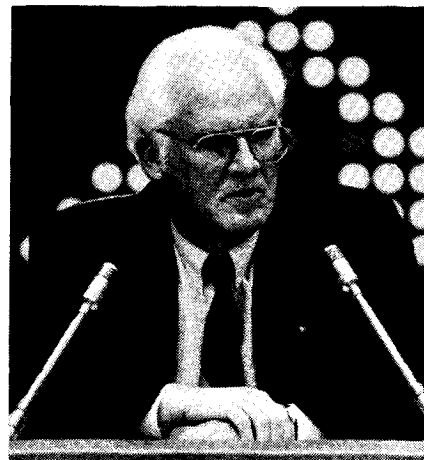
Dieses Gebäude und seine neue Infrastruktur haben — wie ich meine — unsere, also die Arbeitsmöglichkeit der gewählten Vertreter der nordrhein-westfälischen Bevölkerung, entscheidend verbessert, auch wenn es hier und da noch Unzulänglichkeiten oder Ausbauforderungen geben mag. So sind die Grundlagen für ein Informations- und Kommunikationssystem geschaffen worden, das dabei helfen kann, daß wir Abgeordnete imstande sein und bleiben können, unserem Verfassungsauftrag nachzukommen, und die immer komplexeren Probleme zu bewältigen.

Das neue Gebäude hat außerdem das öffentliche Interesse an der Institution „Landtag“ derart gefördert, daß man durchaus von einem „Ansturm“ der Besucher sprechen kann. Dies hat schon die Zahl von etwa 70 000 Bürgern bewiesen, die an den beiden Tagen der offenen Tür, am 8. und 9. Oktober 1988, den Landtag besichtigt haben. Dies, meine Damen und Herren, erweist sich auch anhand der Besucherzahlen, die im Landtag auf Einladung von Abgeordneten empfangen und in die Landespolitik eingeführt worden sind. So wurden von 1984 bis 1987 jährlich im Durchschnitt 740 Gruppen mit 33 000 Besuchern betreut, im Jahr 1988 schon 890 Gruppen mit 39 000 Besuchern und im Jahr 1989 über 1 700 Gruppen mit mehr als 71 000 Besuchern. Für 1990 wird mit etwa 80 000 bis 85 000 Besuchern gerechnet. Allein in dieser Plenarsitzungswoche besichtigten 4 275 Besucher den Landtag Nordrhein-Westfalen. Über diesen rein quantitativen Aspekt hinaus können wir mir Genugtuung feststellen, daß die Mehrheit der Besucher positiv auf den neuen Landtag reagiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man könnte ja meinen, daß durch den Umzug in das neue Haus und die notwendige Eingewöhnung die eigentlichen parlamentarischen Aufgaben gelitten haben, um so mehr, da der neue Landtag ja ständig Gegenstand von Katastrophenmeldungen wie Treibhaushitze, labyrinthähnliche Zustände, zu hoch angebrachte Schränke, Spinnenplage usw. gewesen ist. Aber selbst diese, ich sage das in Anführungsstrichen, „grauenvollen“ Ereignisse haben uns Abgeordnete nicht davon abhalten können, unsere Pflicht zu tun, was die Fülle der parlamentarischen Aktivitäten beweist, die ich Ihnen in einem Informationsblatt habe zusammenstellen lassen. Ich möchte hier daher nur einige wenige Zahlen nennen. In der 10. Wahlperiode wurden 109 Gesetze verabschiedet, 634 Anträge behandelt. Es gab 46 Große, 291 Mündliche und 1 923 Kleine Anfragen. Die 137 Plenarsitzungen und 1 549 Ausschusssitzungen weisen diesen Landtag als ein Parlament der Arbeit aus, das seine Gesetzgebungs-, seine Kontrollfunktion sowie seine Funktion als Organ der öffentlichen Meinungsbildung wahrgenommen hat. Dies ist eine Arbeit, die sich nicht immer im Rampenlicht, sondern sogar oft jenseits der Öffentlichkeit abspielt und deshalb auch häufig von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen wird. Sie ist deswegen nicht geringer einzuschätzen. Was allerdings die Bürger und Bürgerinnen unseres Landes oftmals verärgert und sie veranlaßt, mir hierüber in vielen Zuschriften ihren Unmut auszudrücken, ist die man-

gelnde Präsenz bei Plenarsitzungen. Wir alle kennen die Gründe dafür: Ausschusssitzungen, Besucher, Termine am Rande der Plenarsitzung. Trotzdem appellierte ich eindringlich an diejenigen unter Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, die dem nächsten Landtag angehören werden, und diesen Appell werde ich in der konstituierenden Sitzung am 31. Mai wiederholen: Versuchen Sie bitte, das Bild der Öffentlichkeit vom Landtag, welches eben im wesentlichen durch die Plenarsitzungen geprägt wird, der Wirklichkeit des Arbeitsparlaments, die ich eben mit eindrucksvollen Zahlen belegt habe, anzugleichen!

Und gestatten Sie mir noch eine weitere Anmerkung: Mein Vorgänger, Dr. Wilhelm Lenz, hatte in seinem Rechenschaftsbericht zum Abschluß der 8. Wahlperiode gemahnt, die Zahl der Hearings begrenzt zu halten, damit dieses Instrument nicht durch zu häufigen Gebrauch stumpf werde. Und dies bei insgesamt 61 Öffentlichen und Nichtöffentlichen Anhörungen in der 8. Wahlperiode.



Landtagspräsident Karl Josef Denzer

Diese Mahnung ist offenbar in Vergessenheit geraten: Schon in der 9. Wahlperiode gab es insgesamt 104 Anhörungen; und in der jetzigen 10. fanden sage und schreibe 148 Öffentliche und 21 Nichtöffentliche Anhörungen statt. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit dieser sprunghaft gestiegenen Zahl hat sich die Gefahr der Abnutzung eines an sich sinnvollen parlamentarischen Instruments weiter stark erhöht. Die Öffentliche Anhörung ist damit in den Ruf gekommen, zu einem bloßen Ritual erstarrt zu sein, das dem Ziel dient, schon häufig getroffene Entscheidungen mit einer Scheinlegitimation zu versehen und dessen Informationswert für die Öffentlichkeit gegen Null tendiert, wie das regelmäßig geringe Interesse der Medien zeigt.

Damit kein Mißverständnis entsteht: Den Vertretern der Verbände, die an den Anhörungen regelmäßig teilnehmen, also insbesondere den kommunalen Spitzenverbänden, den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden, möchte ich für ihre Unterstützung ausdrücklich Dank sagen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Ihnen allen danke ich für Ihre engagierte Arbeit in der Volksvertretung und in den Fraktionen, in den Ausschüssen und Arbeitskreisen und in Ihren Parteien. Mein besonderer Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen, die nunmehr aus dem Landtag ausscheiden, zum Teil nach vieljähriger Mitgliedschaft. Sie haben sich für ihre Wähler, für das Parlament, für unsere Demokratie eingesetzt. Mein herzlicher Dank gilt den Mitgliedern des Ältestenrats und des Präsidiums, ebenso den Vorsitzenden und den Parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktionen sowie den Vorsitzenden unserer Ausschüsse, Kommissionen und Arbeitskreise. Sie alle haben die Hauptlast der parlamentarischen Arbeit getragen und sich um gute Ergebnisse im Interesse der Bevölkerung unseres Landes Nordrhein-Westfalen bemüht.

In meinen ganz persönlichen Dank schließe ich die Frau Vizepräsidentin und die beiden Herren Vizepräsidenten ein, die mit dafür gesorgt haben, daß bei aller Härte der politischen Auseinandersetzung in unserem Hause ein menschliches Klima erhalten geblieben ist: Frau Ingeborg Friebel, Herrn Dr. Hans-Ulrich Klose und Herrn Dr. Horst-Ludwig Riemer.

Auch danke ich ausdrücklich der Landesregierung dafür, daß sie ihren Beitrag zu einem vernünftigen Ver-

hältnis zwischen Legislative und Exekutive geleistet hat.

Ich danke dem Landesrechnungshof für die große Unterstützung, mit der er die Arbeit des Parlaments begleitet hat.

Nicht zuletzt beziehe ich in meinen Dank auch die Presse, den Hörfunk, das Fernsehen und besonders die Landespressekonferenz ein. Ohne die aufmerksame und kritische Begleitung der Vertreter dieser Medien wäre unsere Demokratie, wäre der Parlamentarismus, nicht denkbar. Demokratie lebt von der freien Information und der freien Meinungsbildung, auch wenn sie uns nicht immer passen sollte.

Meinen Dank richte ich schließlich auch den Mitgliedern des Konsularischen Korps aus, deren Arbeit die Beziehungen zwischen den Politikern in unserem Land und dem Ausland hervorragend mitgestaltet hat.

Mein ganz besonderer Dank gilt aber allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Landtagsverwaltung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der drei Fraktionen. Wir haben eine gute Verwaltung, mit deren Engagement und Leistung wir sehr zufrieden sein können, und zwar nicht nur, was den „normalen“ parlamentarischen Ablauf betrifft, sondern auch in ungewöhnlichen und ein erhebliches Maß an Flexibilität erfordernden Situationen, z. B. bei dem Umzug in unser neues Haus, der reibungslos geklappt hat.

Meine Damen und Herren, im Laufe meiner fünfjährigen Amtszeit habe ich bei vielen von Ihnen Hilfe, Mitarbeit, Unterstützung, Kollegialität, menschliche Wärme und zuweilen freundschaftliche Zuneigung erfahren. Dafür danke ich Ihnen ganz besonders. Ärger gab und gibt es naturgemäß auch; aber ich hoffe, daß der von mir verantwortete nicht so feststeht, daß er nicht vergehen und vergessen werden kann.

Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich alles Gute und weiterhin viel Erfolg, ganz besonders aber die notwendige Gesundheit und seelische Robustheit, die Sie brauchen, um mit den Belastungen Ihrer politischen Tätigkeit zurechtzukommen.

Mit der heutigen Plenarsitzung gehen fünf Jahre zu Ende, die für uns alle sehr arbeits- und politisch ereignisreich waren, und zwar nicht nur, was die engere Landespolitik betrifft.

Die Integration Europas und die Deutschlandpolitik waren herausragende Themen des Landtags Nordrhein-Westfalen in der 10. Legislaturperiode. Beide Entwicklungen — die europäische und die deutsche — haben die Diskussion über das föderative System neu belebt. Die Bundesländer wollen beteiligt werden, um Europa und Deutschland mitgestalten zu können. Sie tun dies selbstbewußt; der Föderalismus hat eine neue Chance.

Der Landtag hat bereits am 9. November 1988 die Kommission „Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland — auch in einem Vereinten Europa“ eingesetzt, deren Bericht, Teil Eins, Ihnen nunmehr vorliegt und über den wir heute ausführlich sprechen werden.

Die Kommission hat eine Bestandsaufnahme und Analyse zur Entwicklung und zum gegenwärtigen Zustand des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland sowie zu der Situation der Landtage gegeben. Der Bericht zeigt, wo Probleme liegen, er gibt aber auch Hinweise, wo der Landtag schnell und aus eigener Kraft handeln könnte.

Ich danke der Kommission für ihre Arbeit und darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie — nachdem der Teil Eins gewissermaßen die Grundlage gelegt hat — ihre Arbeit fortsetzen kann, damit wir Reformen zur Stärkung des Föderalismus vornehmen können. Die Landtage sollten ihre Chance jetzt nutzen und Mitspracherechte einfordern.

Die Bürger und Bürgerinnen, der Bericht zeigt es, verbinden ganz konkrete Erwartungen und Vorstellungen mit der Arbeit des Landtags. Sie wollen länderspezifische Politik und eine gewichtige Rolle der Länder — und das heißt, auch der Landtage — in einem Vereinten Europa. Dies ist für uns auch als Verpflichtung zum Handeln zu verstehen.

Die Hinwendung zur Demokratie, zu Rechtsstaat und Föderalismus im bislang unfreien Teil Deutschlands erfüllen uns alle mit großer Freude. Die Entwicklung in der DDR läßt hoffen, daß das zweite demokratische Experiment in der neueren Geschichte unseres Volkes, welches im Unterschied zu unserer ersten Republik gelungen ist, sich nunmehr auf alle Deutschen erstreckt und allen Deutschen ein Leben in Demokratie und Freiheit ermöglicht.

Der deutsche und der europäische Einigungsprozeß müssen miteinander verknüpft werden. Das Land Nordrhein-Westfalen und sein Landtag werden dabei ihrer Verantwortung gerecht werden.“

Zweiter Bericht zur Situation der Weiterbildung im Land NRW

Landtag bekräftigt öffentliche Verantwortung für ganzheitliche Weiterbildung

Dr. Manfred Dammeyer (SPD) stellte eine ganz rasante Entwicklung bei der Weiterbildung fest. Auch die CDU trete für die weitere Stärkung des Systems ein. Mit der Verpflichtung der Kommunen auf umfassendes und flächendeckendes Angebot stehe NRW europaweit einzig da. Auch nach Reduzierung wende es immer noch mehr auf als alle anderen Bundesländer zusammen: ein großes „Rot-Schwarz-Gefälle“. Beteiligung der Unternehmen an der Weiterbildung müsse erreicht werden. Die „Bundesanstalt für Arbeit und Weiterbildung“ müsse vorangetrieben werden. Das Land müsse nicht alles bezahlen. Über Bildungsurlaub müsse zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften neu verhandelt werden. Von den Bürgern werde Weiterbildung angenommen.

Dr. Albrecht Beckel (CDU) erinnerte an die Beratung des Weiterbildungsgesetzes, das unterschiedliche Förderung von Einrichtungen vorgesehen habe. Außerdem sollten die Mittel aus kommunalen Zuweisungen zur Pflicht gemacht werden. Das Gesetz von 1975 habe der Erwachsenenbildung eine großartige Entwicklung ermöglicht. Professionalität und Vielfalt seien gestiegen, neue Träger hätten sich entwickelt. Bei Ausweitung der Bundeszuständigkeit sei nach der Kulturhoheit des Landes zu fragen. Ohne zwingende Gründe solle das Land diese Domäne nicht leichtfertig abtreten. Die Grundfreiheit zur Weiterbildung werde von niemandem bestritten, ein Grundrecht in der Verfassung sei ein fragwürdiges Vorhaben. Die Freistellung der Arbeitnehmer zur Weiterbildung müsse in das Bewußtsein der Bevölkerung eindringen.

Andreas Reichel (F.D.P.) unterstrich die Bedeutung von Weiterbildung mit dem Hinweis auf schnelleren technologischen Wandel mit veränderten Berufsbildern und neuen Berufen. Auch müßten Innovationsleistungen von älteren Mitarbeitern übernommen werden. Bei der verstärkten Nutzung der Freizeit für Weiterbildung zeige sich gestiegenes gesellschaftliches Engagement. 1988 hätten 12,5 Millionen Menschen an der Weiterbildung teilgenommen. Eine Vielfalt von Trägern sei wünschenswert, die Schattenseite sei die Unübersichtlichkeit. Auch solle es marktfähige, allgemein anerkannte Zerti-

In der Aussprache über den Regierungsbericht zur Situation der Weiterbildung in NRW von 1981 bis 1985 (Drs. 10/2800) beurteilten am 28. März Sprecher aller drei Fraktionen den Stand der NRW-Erwachsenenbildung positiv. Der CDU-Antrag, mit dem unter anderem Erleichterungen für die Träger und sieben gleichrangige Schwerpunkte verlangt wurden (Drs. 10/5374), wurde mit den Stimmen der SPD-Mehrheit abgelehnt. Der SPD-Antrag (Drs. 10/5302) wurde dagegen angenommen, der die zunehmend breite Basis von Zustimmung zur Weiterbildungspolitik in NRW mit Genugtuung und öffentliche Verantwortung feststellt.



Breite Übereinstimmung zum NRW-Weiterbildungssystem und zum weiteren Ausbau, v.l.: Dr. Manfred Dammeyer (SPD), Dr. Albrecht Beckel (CDU), Andreas Reichel (F.D.P.), Minister Hans Schwier (SPD).

Fotos: Schüler

fikate geben. Ohne Nachweise gebe es weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Probleme von Nichtqualifizierten seien angewachsen. Durch Gesetz dürfe nicht Mißbrauch von bezahltem Bildungsurlaub zu Gewerkschaftsschulungen ermöglicht werden. Berufliche Schulen sollten systematisch in die Weiterbildung einbezogen werden, sie hätten geeignete technische Einrichtungen dafür. Das berufliche Schulwesen sei sträflich vernachlässigt worden, obwohl es ein besonderes Potential darstelle. Berufliche und allgemeine Weiterbildung griffen heutzutage ineinander. Die F.D.P. stimme dem CDU-Antrag zu.

Reinhard Grätz (SPD) räumte ein, die Sparperiode von 1980 bis 1985 habe die Weiterbildung gebeutelt, sie sei jedoch nicht eingebrochen. Die Strukturen seien erhalten und nach 1985 weiterentwickelt worden. Nach 15 Jahren Erfahrung mit dem Gesetz könne die Balance zwischen kommunalen und

anderen Trägern als gesichert angesehen werden. Seitdem seien Ballungsrandzonen und ländliche Räume stärker einbezogen, mehr Chancengleichheit sei erreicht worden. Aus dem CDU-Antrag könne vieles übernommen werden, nicht jedoch die harsche Bewertung des Regierungsberichts. Insgesamt habe es in den vergangenen Jahren in der Weiterbildung ein sehr fruchtbares Zusammenwirken gegeben, wofür er sich bedanke.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) teilte mit, eine Weiterbildungsdatenbank mit kommunalisierter und regionaler Beratung werde derzeit aufgebaut. Trotz knapper Finanzen habe es in den Haushalten 1989 und 1990 überdurchschnittliche Steigerungen gegeben, das sei ein Signal. Den Trägern und Mitarbeitern der Einrichtungen gebühre Dank, die Weiterbildung in NRW habe eine gute Position. Auf dem Weg müsse sie weiterentwickelt werden.

Opposition: Änderung des Landesaufnahmegesetzes hilft Gemeinden nicht

Heinemann: Hilfspaket für Demokratisierung der DDR

In 2. Lesung verabschiedete der Landtag am 30. März mit den Stimmen der SPD den vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hermann Heinemann (SPD), zwei Tage zuvor für die Landesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (Drs. 10/5367). **Sozialminister Hermann Heinemann** (SPD) nannte bei der ersten Lesung die Änderung des Landesaufnahmegesetzes „ein Hilfspaket für die weitere Demokratisierung und die wirtschaftliche Entwicklung der DDR“. Den Menschen dort müsse geholfen werden, durch eigenes Handeln den Aufbau voranzutreiben. Das Land selbst werde für die kurzfristige Aufnahme der Übersiedler sorgen

und sie nicht mehr an die Gemeinden weiterleiten. So habe in Zukunft jeder Übersiedler die Freizügigkeit, sich in der Gemeinde seiner Wahl niederzulassen, volle Freizügigkeit bedeute aber auch volle Selbstverantwortung. Der Minister wörtlich: „Die Behandlung wie ein Obdachloser oder die Gewährung einer Rückfahrkarte — das wird die Alternative sein, vor der in Zukunft Übersiedler in Nordrhein-Westfalen stehen werden, die sich nicht selbst um Wohnung oder Arbeit bei uns bemüht haben.“ Heinemann betonte, die Landesregierung werde in den Grundzügen nichts anderes praktizieren, als es die Bundesregierung mit der Aufhebung des Bundesgesetzes zum 1. Juli plane.

Hermann-Josef Arentz (CDU) warf dem Sozialminister vor, er wolle mit dem Gesetzentwurf nur „ein bißchen populistische Stimmung“ schüren. Zum einen werde das Notaufnahmeverfahren nicht tatsächlich gestoppt, zum anderen helfe das Gesetz auch den Gemeinden nicht. Letztlich werde die Versorgung der wie Obdachlose behandelten Übersiedler, die unter unmenschlichen Bedingungen in Sammellager untergebracht werden sollten, von den Gemeinden geleistet werden müssen. Arentz fuhr fort, es mute „schon seltsam an“, daß Innenminister Schnoor über die 100 000 nicht anerkannten und nicht ausgewiesenen Asylbe-

Fortsetzung Seite 10

Aktuelle Stunde: Chancen für NRW durch Wahlausgang in der DDR

SPD: Soziale Gerechtigkeit ist unteilbar

In der von der CDU beantragten Aktuellen Stunde zum Thema „Chancen für NRW aufgrund des Wahlergebnisses in der DDR vom 18. März“ begrüßten Sprecher der Antragstellerin am 28. März die eindeutige Entscheidung der DDR-Wähler für die soziale Marktwirtschaft, während SPD-Redner Sorgen über die finanziellen Folgen für das Land und die Gemeinden ausdrückten. Die soziale Gerechtigkeit müsse auf beiden Seiten erhalten bleiben.



Das Nationale und das Soziale standen bei der Aktuellen Stunde zum Wahlausgang in der DDR zur Debatte, v.l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Jürgen Büssow (SPD), Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Hermann Josef Arentz (CDU), Reinhold Trinius (SPD).
Fotos: Schüler

Dr. Helmut Linssen (CDU) begrüßte die Wahlentscheidung der DDR-Bürger für die soziale Marktwirtschaft gegen Angst vor der Zukunft, Vorbehalte, Einsprüche, wofür neben der PDS auch die SPD gestanden habe. Rau als Oberkoordinator des SPD-Wahlkampfes in der DDR habe eine herbe Niederlage erlitten. Die Menschen hätten deutliche Worte statt frommer Sprüche gewählt. In der DDR werde es ein zweites Wirtschaftswunder geben. Die NRW-Industrie habe auf diesem Markt eine Riesenchance. Nicht Miesmacher, sondern Mutmacher würden jetzt gebraucht. Indirekt gebe es weitere Chancen durch die Abrüstung. Das gesplittete Deutschland habe bisher 40 Milliarden Mark pro Jahr gekostet. Von daher gebe es enorme Mittel. Mit diesem Egoismus dürfe darüber nicht diskutiert werden, er vermisse die solidarische Gesellschaft bei der SPD. Übersiedler würden derzeit in Lager gepfercht, die man nicht einmal Asylanten zumute.

Jürgen Büssow (SPD) erinnerte an das CDU-Vorhaben, den NRW-Wahlkampf unter das Motto „Deutschland darf nicht rot werden“ zu stellen. In der DDR habe die Demokratie gesiegt. Welcher Partei der Bundeskanzler angehöre, sei zweitrangig gewesen. Aus dem sozialen Wohnungsbau habe sich die Bundesregierung herausgestohlen, nun sei die Not groß. Die neuen Lasten müßten gerecht verteilt und dürften nicht sozial schwachen Gebieten aufgeladen werden. Junge Wohnungssuchende rangierten derzeit ganz hinten. Übersiedlern in Containern ohne Chancen auf dem Arbeitsmarkt müsse zur Existenz in der DDR geholfen werden. Im Wahlkampf werde von der CDU eine nationale Frage ganz kalt parteipolitisch ausgenutzt.

Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, sah als Konsequenz der DDR-Wahl ein Eiltempo zur Einheit über den Artikel 23 des Grundgesetzes. Noch vor dem 1. Juli werde es die Währungsunion geben, die

Vorbereitungen für die Wirtschaftsunion liefen auf Hochtouren. Die DDR-Liberalen würden ein Handels-, Steuer- und Investitionsrecht nach unserem Vorbild durchzusetzen versuchen. Die DDR habe einen Wirtschaftsstandard wie Spanien, gute Beziehungen zum Ostblock, hohen technologischen Stand einzubringen. Die SPD-Ost bekenne sich zur sozialen Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber, die SPD-West aber wolle mehr Sozialismus, Planwirtschaft und Staatslenkung, Ministerpräsident Rau solle den Bund und damit NRW auf dem Weg zur deutschen Einigung unterstützen.

Christa Thoben (CDU) warf der SPD abgrundtiefes Mißtrauen gegen Privateigentum an Produktionsmitteln vor. Mit Volkseigentum könne man jedoch nicht vor die Menschen in der DDR treten. Den Wunsch der Menschen nach Teilhabe am Wohlstand mit Banane zu diskreditieren, sei Zynismus. Es gebe Kranke in der DDR, die seit Jahren Bananen nur auf Rezept bekämen. Sie habe ein solches Rezept, das nur siebenmal im Jahr eingelöst worden sei.

Joachim Westermann (SPD) nannte die Aussprache einen Mißbrauch der Aktuellen Stunde durch die CDU. Es gehe ihr nicht um Hilfe für die DDR, sondern um den Wahlkampf bis zum Dezember. Sie mache in Optimismus und wolle über haltlose Versprechungen hinwegtäuschen. Beim Umtausch 1:1 würden aus Ostmillionären solche im Westen gemacht. Neuerdings sollten die Bundesländer herangezogen werden, das sei unerhört. Direktinvestitionen in der DDR bedeuteten Schmälerung der Finanzen zur Erneuerung der Wirtschaftsstruktur in NRW.

Hermann-Josef Arentz (CDU) hielt es für Irreführung der Bürger, mit Kosten der Anschubfinanzierung Angst zu machen, ohne von den bisherigen Teilungskosten zu sprechen. Die Angst- und Neidkampagne sei vom Wähler durchschaut worden. Das

Bilanz Haushaltskontrolle: Neuordnung Prüfungswesen

Auch in der 10. Legislaturperiode bestand die Hauptaufgabe des Ausschusses für Haushaltskontrolle darin, die Jahresberichte des Landesrechnungshofs zu den Haushaltsrechnungen des Landes Nordrhein-Westfalen zu beraten und darüber zu befinden, ob der Landesregierung für die jeweils abgelaufenen Haushaltsjahre Entlastung nach Paragraph 114 der Landeshausordnung erteilt werden konnte.

Obwohl die Beratungen der einzelnen im Jahresbericht des Landesrechnungshofs enthaltenen Prüfungsfeststellungen im Ausschuß oftmals zu deutlicher Kritik an der Landesregierung geführt haben, hat die Mehrheit des Ausschusses die Beanstandungen in keinem Jahr zum Anlaß genommen, der Landesregierung die Entlastung zu verweigern. Kontinuierlich fortgesetzt hat der Ausschuß für Haushaltskontrolle unter dem Vorsitz von Franz Riehemann CDU in dieser Wahlperiode auch die jährliche Prüfung der Haushaltsrechnung des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen durch eine aus seinen Reihen gebildete Kommission, die regelmäßig zur Entlastung des Landesrechnungshofs gemäß Paragraph 101 der Landeshaushaltsordnung führte. Eine völlig neue Aufgabe übernahm der Ausschuß mit der regelmäßigen Beratung des Haushaltsplans des Landesrechnungshofs (Einzelplan 13) im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen, die ihm auf eigenen Antrag vom Ältestenrat übertragen wurde. Außerdem befaßte sich der Ausschuß auf Initiative des Verbandes der Prüfungsbeamten der Rechnungsämter Nordrhein-Westfalen im Deutschen Beamtenbund mit der Neuorganisation des Prüfungswesens im Lande Nordrhein-Westfalen sowie mit mehreren Prüfungsberichten des Landesrechnungshofs, die dieser dem Landtag als Angelegenheiten von besonderer Bedeutung vorgelegt hat. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang insbesondere der Bericht mit den Bemerkungen des Landesrechnungshofs zur Organisation und Stellenausstattung der Staatskanzlei sowie der Bericht über die Untersuchungen zum Einsatz von Materialien des Schutt-Recyclings im Straßenbau.

Nationale gegen das Soziale auszuspielen, wie es Lafontaine tue, sei ungeheuerlich. Wer Altenheime in der DDR besuche, sehe das Märchen von den sozialen Errungenschaften des Sozialismus. Auch die Kinderkrippen seien nichts weiter als Verwahranstalten. Die Menschen in der DDR hätten keine Angst vor der Sozialunion.

Hans Frey (SPD) erinnerte an Tausende von Sozialdemokraten in Gefängnissen der DDR, während Blockflötenfreunde an den Trögen der SED gesessen hätten. Der CDU-Sieg in der DDR werde sich vielleicht als Pyrrussieg erweisen. Der Vereinigungskurs
Fortsetzung Seite 10

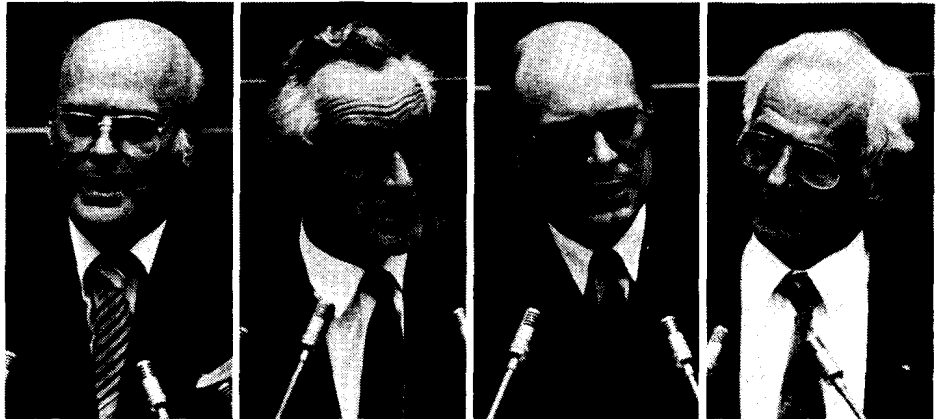
Scharfe Gegensätze in der Debatte über Aus- und Übersiedler im Lande NRW

Wie das Land Nordrhein-Westfalen mit den Problemen fertig werden soll, die von der hohen Zahl an Aus- und Übersiedlern hervorgerufen werden, war Gegenstand der Debatte im Plenum am 28. März. Während die SPD-Fraktion die Bundesregierung aufforderte, die Vertriebenengesetzgebung zum Ende zu bringen, da ein Vertreibungsdruck nicht mehr bestehe, nannte die CDU das Vorgehen der Landesregierung „Schüren von Sozialneid und Ausgrenzung“. Die F.D.P. stellte die Frage, ob das von NRW geplante Vorgehen überhaupt rechtmäßig sei. Dem Landessozialminister warf die Opposition vor, es sei politisch perfide, Aus- und Übersiedler als Konkurrenten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt darzustellen; man dürfe sich nicht länger an den DDR-Bürgern „versündigen“, konterte der Sozialminister, indem man sie in Turnhallen, Schulen oder Wohncontainer stecke, vielmehr müsse man sie ermutigen, in ihrem Land zu bleiben. Im übrigen, so Heinemann weiter, seien die Maßnahmen des Landes nichts anderes, als das, was die Bundesregierung selber zum 1. Juli plane.

Siegfried Jankowski (SPD) hieß es gut, daß jetzt nach den Wahlen in der DDR die Bundesregierung — „auch ohne Unterstützung der CDU Nordrhein-Westfalens“ — Bewegung in der Übersiedlerfrage zeige. Das gelte aber noch nicht für die Vertriebenengesetzgebung, wo das Land, weil es besonders stark durch Aussiedler belastet sei, besonderen Druck ausüben müsse. Dazu habe seine Fraktion einen Entschließungsantrag vorgelegt, „der das, was jetzt getan werden muß, zusammenfaßt, nämlich: Massive Hilfen in der DDR und in Osteuropa einerseits und die Abschaffung überholter Regelungen und Sonderrechte für Aus- und Übersiedler andererseits“. Man sei der Landesregierung dankbar dafür, daß sie sich durch den Abbau von Sonderleistungen des Landes für Aus- und Übersiedler, durch die Verfahrensänderung bei der Anerkennung von Aussiedlern aus Polen und durch Initiativen mit der Aus- und Übersiedlerproblematik „frühzeitig und umfassend“ auf die neue Situation eingestellt habe. „Jetzt ist der Bund am Zuge“, betonte Jankowski.

Helmut Harbich (CDU) bedauerte, daß die SPD offenbar in diesen Fragen nicht an Gemeinsamkeit interessiert sei, sondern sich lieber in die üblichen Vorwürfe an Bonn „versteige“ und mit ihren Anträgen die Politik der letzten Jahre fortsetze, „die der taktischen Stabilisierung kommunistischer Regime diene“. Selbst wenn nach den Wahlen in der DDR die gesunkene Zahl der Übersiedler wieder ansteigen sollte, sei das kein Grund, „den weiterhin enttäuschten Bürgern aus der DDR die Solidarität zu verweigern, bevor die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion tatsächlich und rechtlich abgesichert eingeführt ist“. Angesichts des Versagens der Landesregierung sei die betriebene Angstmacherei vor Aus- und Übersiedlern als Konkurrenten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt „politisch perfide“. So würden Gegensätze geschürt, die letztlich nur schwer beherrschbar sein werden, erklärte Harbich und führte aus, seine Fraktion wolle Anreize schaffen, damit die Menschen in der DDR und Osteuropa bleiben können. Aber dazu fehlten noch viele Voraussetzungen, vor allem das Vertrauen

Regierung wirft Bonn Zögern vor und nimmt Heft des Handelns in die Hand



Keine Gemeinsamkeit erreicht in der Frage der Aus- und Übersiedler in NRW (v.l.n.r.): Siegfried Jankowski (SPD), Helmut Harbich (CDU), Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) und Minister Hermann Heinemann (SPD).

Fotos: Schüler

darauf, daß es mit Stasi-Herrschaft und Einfluß der alten Garde ein Ende habe. Jedenfalls sei es ein „grandioser Irrtum“, wenn die SPD glaube, daß es keinen Vertreibungsdruck mehr gebe; die Ereignisse in Rumänien sprächen eine andere Sprache.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) forderte angesichts des Sinneswandels, den die SPD durchgemacht habe, die Partei auf, den Aus- und Übersiedlern direkt ins Gesicht zu sagen: „Wir wollen Euch nicht, wir haben nichts mit Euch zu tun, Ihr seid hier überflüssig.“ Der Entschließungsantrag seiner Fraktion sei nach wie vor aktuell, in dem die Neubürger willkommen heißen worden seien. Seine Partei werde Forderungen ausschließlich an den Bund nicht zustimmen, weil die Aufgabe gemeinsamer Anstrengungen bedürfe: „In dieser Frage müssen alle in einem Boot sitzen“, fand der Sprecher und nannte es besonders wichtig, den Menschen in der DDR das Gefühl zu vermitteln, daß sie in ihrer Heimat für den Wiederaufbau gebraucht werden und daß es wenig Sinn mache, jetzt in die Bundesrepublik übersiedeln. Wer aber trotzdem komme, dem müsse man einen guten Start und ein schnelles Einleben ermöglichen, denn man dürfe hierzulande nicht eine „Zweiklassengesellschaft“ aufbauen.

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) stellte fest, die Bundesregierung sei „nach langem, zum Teil diffamierendem Widerstand“ in der Aus- und Übersiedlerpolitik auf die Linie der SPD eingeschwenkt. Dagegen verharre die CDU des Landes in „Doppelzüngigkeit“, denn das, was sie jetzt so lauthals beklage, plane sie für den 1. Juli, aber das sei zu spät initiiert und halbherzig. „Immer stärker stehen die Länder unter dem Zwang, der Bundesregierung das Heft des Handelns aus der Hand zu nehmen, damit überhaupt durchgreifend gehandelt wird“, kritisierte der Minister. Die vom Land geplanten Änderungen im Notaufnahmeverfahren seien ein „klassisches Beispiel, wie man den Gemeinden helfen kann. Denn das Land übernimmt Lasten, die bisher die Gemeinden tragen müssen.“ Wenn man an die ungeheuren Belastungen der Gemeinden durch Aus- und Übersiedler denke, dann sei es nicht nachvollziehbar, „daß nach

Auffassung der Bundesregierung das Notaufnahmeverfahren erst abgeschafft werden soll, wenn praktisch niemand mehr um Notaufnahme nachsucht“. Die Voraussetzungen für das Verfahren seien entfallen, niemand flüchte mehr aus politischen Zwangslagen. Unerträglich sei es ferner, daß sich drei Prozent der polnischen Bevölkerung auf die Liste 3 berufen können: „Sollen wir dreieinhalb Millionen Menschen entscheiden lassen, ob sie Polen oder Deutsche sein wollen“, fragte Heinemann und monierte, daß es durch die zögerliche Haltung der Bundesregierung zu ausufernden Mißbräuchen gekommen sei, denen ein Riegel vorzuschieben sei.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) unterstrich, mit der F.D.P. werde es keine Steuererhöhungen geben — „egal in welchem Bereich“. Kuhl wörtlich: „Wir werden Gelder für die DDR ohne Steuererhöhung bereitstellen.“

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) forderte auf, bei der Diskussion über Aus- und Übersiedler die Asylbewerber, „die Ärmsten der Armen“, außen vor zu lassen. Man könne die politischen Flüchtlinge nicht mit den übergesiedelten oder ausgesiedelten Deutschen vergleichen: die hätten dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten und volle Freizügigkeit, während den politischen Flüchtlingen nur ein vorübergehendes Gastrecht gewährt werde, bis sie anerkannt seien. Es könne überhaupt keine Rede davon sein, „daß seit Jahren 100 000 abgelehnte Asylbewerber hier im Land bleiben“. Das sei falsch und allenfalls mit einer Verwechslung von Zahlen zu erklären.

Ulrich Schmidt (SPD) wandte sich dagegen, daß von der Opposition der Sozialminister als Lügner bezeichnet und Sozialdemokraten und Kommunisten wieder einmal in einer Topf geworfen werden: das sei ein „mieses Geschäft“ und die Chance, sich zu entschuldigen. Schmidt sprach sich dagegen aus, die Gruppe der Aus- und Übersiedler und der politischen Flüchtlinge gegeneinander auszuspielen. Wer in seinem Antrag schreibe, die Asylanten und Defacto-Flüchtlinge lebten hier „herrlich und in Freuden“, während die SPD den Aus- und Übersiedlern keine Chance mehr gebe, der sollte sich „schämen“.

Karl Knipschild zur Arbeit des Petitionsausschusses in 10. Wahlperiode

Sorgen bereiten Ausländer-Eingaben und Rechtsanwälte

Während seit Bestehen des Petitionsausschusses die Eingaben aus dem Bereich des Justizministers immer an erster Stelle standen, rückte in dieser Legislaturperiode das Arbeits- und Sozialministerium mit 22,8 Prozent an die Spitze der Eingaben. An den Strafanstalten gingen 1000 Petitionen weniger ein. Insgesamt wurden in der 10. Wahlperiode 25000 Petitionen registriert. In seinem Abschlußbericht am Ende der Legislaturperiode berichtete der Vorsitzende des Petitionsausschusses, der CDU-Abgeordnete Karl Knipschild, am 29. März in Plenum, insgesamt habe sich der Eingang auf hohem Niveau nahezu stabil gehalten.



Übergaben Landtagspräsident Karl Josef Denzer (M.) den Bericht des Petitionsausschusses: Vorsitzender Karl Knipschild (CDU; l.) und stellvertretender Vorsitzender Hans Rohe (SPD; r.). Foto: Schüler

Nach seinen Worten hat sich die Erfolgsquote der normalen Petition leicht verbessert. Während in der letzten Legislaturperiode 5743 oder 26,5 Prozent aller Petitionen positiv abgeschlossen wurden, waren es in dieser Wahlperiode 6447 oder 28,3 Prozent der Petenten, deren Anliegen voll entsprochen werden konnte. 25,1 Prozent aller Petitionen wurden im Verfahren nach Artikel 41 a der Verfassung behandelt, vermehrt Fälle aus der Sozialhilfe. So wurden aus dem Bereich des Versorgungsrechts von 521 Eingaben fast 60 Prozent, der sozialen Leistungen von 544 Eingaben fast 40 Prozent und des Baurechts 48 Prozent positiv erledigt. 2010 Petitionen verliefen im Rahmen der Vorprüfung positiv. Karl Knipschild berichtete ferner, daß die Eingaben von Ausländern besondere Sorgen bereiteten, die nach Ausschöpfung sämtlicher Rechtsmittel ein asylunabhängiges Bleiberecht begehrten. Der Anteil sei gegenüber der vergangenen Legislaturpe-

riode von 461 auf 1227 Eingaben, also um 160 Prozent gestiegen. „Das Problem, ob abgelehnten Asylbewerbern ein asylunabhängiges Bleiberecht gewährt werden kann, wollen wir und können wir nicht entscheiden“, sagte der Vorsitzende. Auch die humanitären Gesichtspunkte könnten nicht immer zu einer positiven Entscheidung führen.

Sorgen bereiten auch Rechtsanwälte, die offensichtlich das Petitionsrecht mißbrauchen, um den Aufenthalt ihrer Mandanten unberechtigt zu verlängern. Knipschild verwies darauf, nachdem sich herumgesprochen habe, daß Sinti und Roma nicht abgeschoben würden, gebe es kaum noch Jugoslawen, deren Anwälte nicht im zweiten Satz schrieben, ihr Mandant gehöre dem Volkstamm der Roma an.

Zu einem weiteren Thema sagte der Vorsit-

zende: „Wir haben unsere Zweifel, ob wir unseren Bürgern auf Dauer zumuten können, einzusehen, daß bei dem Konflikt zwischen dem Grundsatz der materiellen Gerechtigkeit und dem Grundsatz der Rechtssicherheit und des angeblichen Rechtsfriedens sich die Verwaltung fast immer für den letzteren entscheidet.“

Karl Knipschild dankte abschließend dem Ausschuß, vor allem zwei Abgeordneten, die während ihrer gesamten Landtagszugehörigkeit Mitglied des Ausschusses gewesen sind: Margarete Versteegen (CDU) und Theo Heimes (SPD).

Landtagsvizepräsident Hans-Ulrich Klose dankte ebenfalls dem Vorsitzenden und den Mitgliedern des Petitionsausschusses. Er wünschte, daß dieser Ausschuß auch in der kommenden Wahlperiode diese ruhmreiche Tradition des NRW-Parlaments fortsetze.

Mikat-Kommission...

Fortsetzung von Seite 3

sei die Bestätigung der Vereinbarung vom 24. August 1989, nämlich die Sicherung der 40,9 Millionen Jahrestonnen, was der Bundeswirtschaftsminister immer wieder zerrede. In den letzten vier Jahren habe die Kernenergie, Lieblingskind der Energiepolitik des Bundes, ihre Zukunft hinter sich gelassen. Für die gesamtstaatliche Verantwortung bei der Steinkohle müsse der Kommission gedankt werden. Die finanzielle Drittelbeteiligung habe NRW viel Geld gekostet. Die Opposition solle dazu beitragen, diese Last auf den Bund zu übertragen. Die Vereinbarkeit mit EG-Recht sei allerdings nicht sicher. Der Minderheitsvorschlag 25 Millionen Jahrestonnen sei für die SPD indiskutabel. Die wirtschaftlichen Erfolge von NRW dürften durch bruchartigen Kapazitätsabbau im Bergbau nicht zunichte gemacht werden.

Minister Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD) begrüßte die Perspektive der Kommission, die nicht das Aus für den heimischen Kohlebergbau vorsehe. Er habe erwartet, daß sich die Opposition eindeutig hinter die 35 bzw. 55 Millionen Tonnen als Überlebensgrenze stelle. Der Schlüssel für die deutsche Kohle liege in Bonn, nicht in Brüssel, wo er sich mehr Kostentransparenz wünsche und wo keine supranationale Ener-

giepolitik gemacht werden könne. NRW habe mit Wachstum, Produktionssteigerungen und mehr Arbeitsplätzen an der guten Konjunktur teil, aber der Strukturwandel sei noch nicht bewältigt. Ein wichtiger Schritt sei die Eigeninitiative der Regionen. Die 90er Jahre würden ausgezeichnete Chancen für NRW erweisen.

Dr. Bernhard Worms (CDU), Fraktionsvorsitzender, erinnerte an die Bonner Zusage, der NRW-Bergbau brauche sich bis 1995 keine Sorge zu machen. Das Wort des Kanzlers stehe. Rau wolle die Entscheidung über die Zukunft danach nach Brüssel verlagern. Wie die Unverzichtbarkeit der deutschen Steinkohle zu bezahlen sei, werde in einem EG-Konzept mit Kernenergie beantwortet werden. Dagegen müsse um weitere Subventionen gerungen werden. Es gebe keine Zukunft ohne Kernenergie, daher müsse sich NRW mit den gesamteuropäischen Strommengen aller Energieträger auseinandersetzen. Dem Bürger sollte nicht gesagt werden, wir könnten einfach beliebig aussteigen. Das Gutachten gebe die großartige Chance, in den nächsten vereinhalf Jahren zu glaubwürdigen und arbeitsplatzsichernden Lösungen für den Bergbau weit über das Jahr 2000 hinaus zu kommen.

Ernst-Otto Stüber (SPD) erinnerte daran, daß „wir als Politiker“ jetzt gefragt seien. Die

Kommission habe in einem Minderheitenvotum Zahlen genannt: einmal 25, einmal 35, und zwar als untere Effizienzgrenze, nicht als Vorgabe für irgendeine Kapazitäts- und Fördergröße. Dazu müßten sich die CDU und die F.D.P. auch bekennen. „Ist für Sie diese 35 Millionen die Untergrenze, oder neigen Sie dem Minderheitsvotum von 25 Millionen zu, von dem wir sagen, dann ist der Bergbau nicht mehr lebensfähig?“ Dieses sei die entscheidende Frage, zu der sich die Opposition äußern müsse.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.) betonte, alle hätten deutlich gemacht, daß man einen lebendigen Bergbau im Lande NRW wolle, daß man auf heimische Steinkohle aus NRW setze. Er sei der Meinung, es werde so außerordentlich schwierig werden, dieses Mikat-Gutachten in praktische Politik umzusetzen. Deswegen wäre es wichtig, zu einem Konsens zwischen allen Fraktionen zu kommen. Man habe es nicht nur mit der Bundesregierung, sondern auch mit dem Bundestag zu tun, also mit Abgeordneten, die aus revierfernen Ländern kämen. Zudem habe man es nicht nur mit der EG, sondern auch mit dem Europäischen Parlament zu tun. Zum Umstrukturierungsprozeß sagte Rohde, daß in NRW wirtschaftspolitisch Prioritäten gesetzt werden müßten: Chancen für alle Regionen, aber nicht Subventionierung aller!

Fortsetzung Seite 15



Zielscheibe Innenminister, v.l.: Heinz Lanfermann, F.D.P., Ausschußvorsitzender, Hubert Doppmeier (CDU), Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, Minister Dr. Herbert Schnoor (SPD), Egbert Reinhard (SPD), Reinhold Trinius, SPD, stellvertretender Vorsitzender. Fotos: Schüler

Schlußbericht Untersuchungsausschuß Gladbecker Geiselnahme: zwei Fassungen

„Einmaliger Kriminalfall mit untypischen Tätern und Umständen“

Als verantwortlich für den blutigen Verlauf des Gladbecker Geiseldramas im August 1988 bezeichneten die Oppositionsfraktionen Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) als Ergebnis der Ermittlungen des III. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, dessen Schlußbericht mit Mehrheits- und Minderheitsvotum Ausschußvorsitzender Heinz Lanfermann (F.D.P.) im Plenum am 29. März vorlegte. Ihre Rücktrittsforderung wurde von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) abgewiesen.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) berichtete als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses über den Gang der Untersuchungen. Ausgangspunkt der öffentlichen Diskussion sei die Ansicht gewesen, es habe nicht zum Tod von drei Menschen zu kommen brauchen, weil gute Möglichkeiten zur Beendigung der Geiselnahme nicht genutzt worden seien. Ferner seien wesentliche Einzelheiten erst nachträglich bekannt geworden. Der Umfang der beigezogenen Akten des Ausschusses werde auf 25 000 Blatt geschätzt, hinzu kämen Videoaufnahmen und Tonbänder. In 52 Sitzungen seien 112 Zeugen gehört und mehrere Ortstermine durchgeführt worden. Dennoch seien wesentliche Fragen ungeklärt geblieben. Bedauerlich sei, daß es nicht zu einem einheitlichen Bericht gekommen sei. Der SPD-Mehrheitsbericht sei eine Woche vor der Ausschußberatung in einer Fernsehsendung vorgestellt worden, das sei kein guter Stil.

Beim Gladbecker Geiseldrama habe es sich um ein untypisches Verbrechen gehandelt. Ein Teil der Besonderheiten sei auf die Täterpsyche zurückzuführen. Auch das Verhalten der Medien sei untypisch gewesen. Bei der Polizeiführung gebe es keine fehlerhaften Verhaltensweisen. Nachträglich sei über mehr Verantwortung vor Ort nachzudenken. Durch den Ausschuß seien zahlreiche Einzelheiten bekannt geworden. Der Minister habe die Öffentlichkeit bewußt unvollständig und einseitig informiert. Die Einsatzleitung habe einseitig auf freiwillige Freilassung vertraut und sich möglicher Handlungsalternativen beraubt. In der Raststätte Grönegau und im Café Dickhut in Hagen sei Zugriff möglich gewesen. Auch die „Pinkelpause“ sei eine verpaßte Zugriffschance. Die Taktik des „scheinbar verfolgungsfreien Abzugs“ sei nicht durchgehalten worden. Es habe vermeidbare Kommunikationsdefizite gegeben. Nach Auffassung

der Minderheit engten mangelhafte Arbeitsbedingungen und fehlende technische Ausrüstung den Handlungsspielraum der Polizei unnötig ein. Auch hätten sich die Aktivitäten des Ministers mehr auf Öffentlichkeitsarbeit als auf Bewältigung der Lage bezogen.

Egbert Reinhard (SPD) warf dem Vorredner vor, Berichterstatter der Minderheit zu sein, die den Innenminister habe stürzen wollen. Die Opposition habe das hohe Spiel gewagt, Polizeitechniken und Taktiken öffentlich zu erörtern, es aber verloren. Die Beweisaufnahme habe vorschriftsmäßiges Polizeiverhalten ergeben. Die Taktik sei nachvollziehbar. Zugriffe vor Ort mit dem Risiko der Tötung der Geisel kämen bei uns nicht in Betracht. Verfolgungsfreier Abzug habe zum späten Erkennen von Zugriffssituationen geführt. Die Opposition verlange einerseits hautnahe Observation, andererseits unauffälliges Observieren. Je nach Lage könne damit der Polizei oder dem Minister gegen das Schienbein getreten werden. Im Café Dickhut sei bei entspannter Situation die Freilassung der Geiseln erwartet worden. Eine Anweisung, die Geiselnahme in NRW zu beenden, habe es nicht gegeben. Die Polizeikräfte seien nach dem aktuellsten Stand ausgerüstet gewesen. Kein anderes Bundesland verfüge über bessere Techniken. Bisher nicht vorgekommene Umstände hätten die Abläufe gesteigert und bisher unbekanntes Gefahren gebracht. Das irrationale Verhalten der Täter und die Schar der Pressevertreter habe die Kontrolle der Lage erschwert. Die extreme Gefahr habe einen Zugriff als nicht verantwortbar erwiesen. Entschieden verwarfte sich der Redner dagegen, die Polizeibeamten zu Trotteln zu stempeln. Für die nächste Geiselnahme-Bewältigung gebe es Stoff zum Nachdenken. Der Minister und die Polizei verdienten Vertrauen.

Hubert Doppmeier (CDU) warf der SPD vor, ihr gehe es nur um einen Persilschein für den Minister. Wegen dessen Unfähigkeit und der seiner engsten Mitarbeiter sei die Polizei an der Befreiung der Geiseln gehindert worden. Der Einsatzleiter Recklinghausen habe nicht das Format für eine solche Lage gehabt. Die Taktik sei nicht richtig, wenn am Ende der Tod dreier jungen Menschen zu beklagen sei. Wer gute Zugriffsmöglichkeiten nicht nutze, habe seinen Auftrag verfehlt. Der Minister habe nicht gehandelt, obwohl Menschen in höchster Not gewesen seien. Die Polizeikräfte hätten nicht so gekonnt, wie sie gewollt hätten. Der Ministerpräsident müsse für Konsequenzen sorgen, damit die Bürger in NRW Vertrauen zur politischen Führung der Polizei haben könnten.

Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, sagte, seine Fraktion hätte eine unabhängige Expertenkommission bevorzugt. Mehrheit gleich Wahrheit, wie im Ausschuß, sei unverträglich. Dem Vorsitzenden sei für souveräne Verhandlungsführung trotz Anfeindungen zu danken. Bereits beim Abzug von Gladbeck hätten die Täter ausgeschaltet werden können. Der Wechsel der Einsatzleitung von Gladbeck nach Köln sei ein weiterer Fehler gewesen, die überhastete Aktion auf der Autobahn schwer erklärbar. Der Mehrheitsbericht entspreche nicht den Anforderungen an sorgfältige Ausschußarbeit. Die Freilassung der Geiseln sei auch wegen auffälliger Observierung unterblieben. Ursache dafür sei mangelnder Überblick der Führung gewesen. Unerträglich lange Dienstzeiten hätten auch die Schlagkraft beeinträchtigt. Hilfsangebote der GSG 9 seien nicht angenommen worden. Anfangsschwäche sei durch Endzeitstärke überkompensiert worden. Rettungsfahrzeuge seien viel zu spät geordert worden. Der Minister töne, er übernehme die politische Verantwortung, aber er ziehe keine Konsequenzen. „Ein Mann mit Stil wäre längst nicht mehr in seinem Amt.“

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) bezeichnete das Verbrechen als einmaligen

Kriminalfall, der die Menschen bewegt habe. Der Verlust von drei Menschenleben belaste jeden. Monatelang sei dem Minister vorgeworfen worden, auf den Verlauf eingewirkt zu haben. Nun höre er, er habe auf die Einwirkung verzichtet. Das Vorgehen der Polizei sei in 32 Fällen vorher richtig gewesen. Für Gewalt und Verbrechen geschehen könne niemand die volle Verantwortung übernehmen. Die Regierung stehe für liberale Innenpolitik. Die Mittel für die innere Sicherheit seien verstärkt, eine Sonderaktion gegen Wohnungseinbrüche erfolgreich durchgeführt worden. In der Polizeitechnik liege NRW vorn. Pannen und Fehler könnten nicht völlig ausgeschlossen werden, aber man tue alles zur Vermeidung. Er stehe zu diesem Innenminister und zu seiner Politik.

Heinz Paus (CDU) sagte, er habe vom Ministerpräsidenten mehr erwartet. Die Schnoor-Linie für den gesamten Bereich der inneren Sicherheit: „ständiges Beschwichtigen, unangebrachtes Zurückweichen vor Rechtsbrechern, falsch verstandene Liberalität“ werde immer wieder von der Opposition kritisiert. Die Einsatzvorgabe absolutes Nullrisiko, Vertrauen in die Gangster sei völlig unpraktikabel gewesen. Dafür sei der Minister persönlich verantwortlich. Dieser Polizeieinsatz sei ein Lehrbeispiel dafür, wie man es nicht machen dürfe. Wer zunächst jedes Risiko scheue, müsse irgendwann ein extrem hohes Risiko eingehen. Der Mehrheitsbericht bügle in nicht nachvollziehbarer Weise Fakten weg.

Reinhold Trinius (SPD) äußerte Betroffenheit über die Vorwürfe. So seien Rettungsfahrzeuge beim Zugriff auf der Autobahn durch Pressefahrzeuge aufgehalten worden, erst dann hätten neue angefordert werden müssen. Aussagen und Aktenstücke seien im Minderheitsbericht einfach unterschlagen worden. In der Raststätte seien die Täter voll aufmerksam und bewaffnet gewe-

sen. Auch die Zugriffsmöglichkeit Café Dickhut sei falsch dargestellt worden. Es sei Selbstüberschätzung, wenn Minderheiten glaubten, sich mit fragwürdigen Methoden um Details polizeilichen Handelns kümmern zu müssen, als ob nach Aktenstudium jahrelange Polizeierfahrung beurteilt werden könne. Argumente seien willkürlich ausgetauscht worden. Daher habe ein Mehrheitsbericht verfaßt werden müssen.

Dr. Bernhard Worms, CDU-Fraktionsvorsitzender, hielt das Auftreten des Ministerpräsidenten für unmöglich. Es sei Flucht vor der Entscheidung, wenn man sich hinter Verordnungen verstecke. Die Verantwortung sei jedoch in keiner Vorschrift normiert, sie leite sich aus praktischer Übung erfahrener Demokratie ab. Der Minister hätte zugeben sollen, daß er mit seiner Philosophie am Ende gewesen sei, und seinen Hut nehmen müssen.

Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, sagte, die Strategie sei fehlerhaft gewesen. Der Ministerpräsident habe nicht Hofprediger zu sein, er werde für Entscheidungen bezahlt. Statt dessen heiße es: kein Handlungsbedarf. Die Polizeiführung müsse mit PC ausgestattet werden. Weitere Vorschläge zu mehr Schlagkraft der Polizei seien zu vermissen. Kriminalität werde verwaltet, nicht bekämpft. Dr. Rohde zählte eine Fülle von Verbesserungsvorschlägen auf, die alle ohne Konsequenzen geblieben seien. Moderieren genüge nicht für das Land. Ein starker Ministerpräsident müsse entscheiden.

Franz Josef Kniola (SPD) nahm zum Verhalten der Pressevertreter Stellung, das für die Gesamtbeurteilung dieser Geiselnahme unerlässlich gewesen sei. In Leichenwagen, Krankenwagen mit Blaulicht, in Taxen und eigenen Wagen hätten sie die Arbeit der Polizei behindert. Unerträglich sei, daß Straftäter ihre Geschichte zu horrenden

Preisen an die Medien verkauften. Noch unerträglicher sei, wenn sie sich zu Gehilfen der Verbrecher machten. Auch seien durch die Untersuchungen bestimmte polizeiliche Techniken ein für allemal unbrauchbar gemacht worden. Die Opposition habe Details nach außen getragen und dadurch ein Sicherheitsrisiko geschaffen. Die Verhandlungsführung sei oft eine Zumutung gewesen. Der Untersuchungsausschuß gehe in die Geschichte ein, „wie ein wichtiges Instrument parlamentarischer Arbeit Opfer der Profilierungseitelkeit des Vorsitzenden wurde.“

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) bescheinigte den beteiligten Polizeibeamten gute Arbeit. Weil ihnen der Erfolg versagt geblieben sei, seien sie verächtlich gemacht worden. Nach Vorlage des Berichts könnten sie öffentlich rehabilitiert werden, aber das wolle die Opposition nicht. Sie bleibe ihrer Linie, Zweifel zu äußern, treu. Diese parteipolitische Rechnung werde nicht aufgehen. Er werde der Polizei den Minderheitenbericht zuleiten. Die Opposition habe die Polizei kläglich im Stich gelassen, sei nicht redlich mit ihr umgegangen. Eine Bewertung vom grünen Tisch aus werde der Wahrheit im nachhinein nicht gerecht. Expost-Betrachtung sei bedenkenlos der Risikoabwägung des Ernstfalles vorgezogen worden. Die tragenden Säulen des Minderheitenberichts seien Einseitigkeit, Spekulation, verdeckte Unterstellung. Die Aufarbeitung der Geiselnahme habe das Fachwissen vertieft und zu weiteren Verbesserungen geführt. Der Polizei sei durch die Ausschlußminderheit geschadet worden.

Hubert Doppmeier (CDU) erklärte, der Vorsitzende habe vorzüglich gearbeitet. Wie sich der Innenminister verteidigt habe, entspreche nicht seinem Amt. Er hätte Fehler eingestehen sollen und klebe stattdessen an seinem Sessel.

Hilfspaket...

Fortsetzung von Seite 5

werber in Nordrhein-Westfalen kein Wort verliere, den Übersiedlern aber „am liebsten direkt die Rückfahrkarte in die Hand stecken“ würde. Die CDU halte an der Abschaffung des Notaufnahmeverfahrens ab 1. Juli fest. Dann falle es mit der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion zusammen, und dann sei auch die materielle Grundlage für die Freizügigkeit in Deutschland gegeben.

Ulrich Schmidt (SPD) erklärte, die Übersiedlerpolitik müsse den veränderten Bedingungen in der DDR angepaßt werden, und seit dem 18. März sei „Schnelligkeit gefragt“. Eine Verzögerung der Abschaffung des Notaufnahmeverfahrens bis Juli sei zum Schaden sowohl des Landes Nordrhein-Westfalen als auch der DDR. Die DDR könne es sich nicht leisten, noch mehr Menschen zu verlieren, wenn sie ein funktionierendes Wirtschaftssystem aufbauen wolle.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) warf der Landesregierung „Etikettenschwindel“ vor. Kein Bundesland könne einen Aufnahmestopp für Übersiedler beschließen, denn hier handle es sich um ein Bundesgesetz. Darüber hinaus habe niemand das Recht, den Menschen, die in der Bundesrepublik einen Neuanfang wagen wollten, die Startchance zu

nehmen. Kuhl forderte die Landesregierung auf, nicht länger die „Sozialneidkampagne in Nordrhein-Westfalen auf dem Rücken der Aus- und Übersiedler auszutragen“. In einem Punkt stimme die F.D.P.-Fraktion dem Gesetzentwurf allerdings zu: die Kommunen müßten vom Bund finanziell entlastet werden.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) betonte, am 1. Juli 1989 hätten sich 2292 abgelehnte Asylbewerber in Nordrhein-Westfalen aufgehalten und nicht, wie von dem CDU-Abgeordneten Arentz behauptet, 100 000.

DDR-Wahl...

Fortsetzung von Seite 6

nach Artikel 23 werde Länder und Gemeinden in ein finanzielles Abenteuer führen, wenn er nicht rational gesteuert werde. Bei einem gesamtdeutschen Finanzausgleich werde es ein Minus von 6,5 für das Land und zwei Milliarden Mark für die Gemeinden geben. Ohne Steuererhöhungen müßten sich die öffentlichen Haushalte rasant weiter verschulden.

Hartmut Schauerte (CDU) hielt die Einheit für eine Chance für alle. Durch Verschiebung würden alle Probleme nur noch größer, wenn nicht gar unlösbar. Der Artikel 23 Grundgesetz werde von Staatsrechtlern für

den Königsweg zur Einheit gehalten. Alle, auch das Ausland hätten das begriffen, nur die Sozialdemokraten nicht. Verfassungstreue sei jetzt gefragt, das Ja zum Artikel 23.

Reinhold Trinius (SPD) warnte davor, mit der Angst Geschäfte zu machen. Politiker-Versprechen, die nicht zu halten seien, dienten der Sache nicht. Die Sorgen der Menschen in NRW seien genauso ernst zu nehmen wie die der DDR. Ihnen gehe es um Arbeitsplätze, Wohnung, in der DDR um Renten, Gesundheit, Ersparnis, Umwelt, Erziehung. Die soziale Gerechtigkeit sei unteilbar. Ohne eine starke Gewerkschaft fehle der sozialen Marktwirtschaft ein entscheidendes Lebenselement. Im Mittelstand, der Industriearbeiterschaft und Bürgerbewegungen lägen die Chancen der DDR.

Dr. Bernhard Worms, CDU-Fraktionsvorsitzender, betonte, CDU und F.D.P. wollten den Weg ohne Steuererhöhungen gehen. Die Wiedervereinigung werde es nicht zum Nulltarif geben. Zu bezahlen sei durch Verzicht auf Einkommenszuwachs und durch Kreditbereitschaft. 35 Milliarden Mark Exportüberschuß in die DDR zu leiten, sei mehr, als deren Staatswirtschaft verkraften könne. Gegen eine gigantische Arbeitslosigkeit stehe das zu erwartende Wirtschaftswachstum. In der Phase 2 stünden die Tore für Arbeitswillige weit offen.

Unterrichtsausfall: Bankrott der Schulpolitik oder falsche Addition von Zahlen?

Auf Antrag der F.D.P.-Fraktion hat sich der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde am 29. März mit dem Unterrichtsausfall an den nordrhein-westfälischen Schulen auseinandergesetzt. Während die liberale Fraktion nach zehn Jahren von der SPD zu verantwortender Schulpolitik die Zeit für den „Offenbarungseid“ gekommen sah und die CDU beklagte, daß das Land im Ländervergleich Nachhut in der Bildungspolitik geworden sei, verwies die SPD auf die hohe Zahl an Neueinstellungen von Lehrern in diesem Jahr hin. Die Landesregierung schließlich machte darauf aufmerksam, ein privates Wirtschaftsprüfungsunternehmen werde die Lehrerversorgung an den Schulen im Lande „optimieren“ helfen.

Rudolf Wickel (F.D.P.) formulierte das Thema der Aktuellen Stunde „Organisationsmängel des Kultusministeriums vergrößern Unterrichtsausfall an den Schulen in Nordrhein-Westfalen“ um in „Konkursantrag in einer verfehlten Schulpolitik wurde gestellt“. Es sei Tatsache, daß über 300 000 Unterrichtsstunden wöchentlich an den allgemein- und berufsbildenden Schulen ausfielen. Dabei sei der Ausfall an den Gesamtschulen am geringsten, an den Hauptschulen doppelt so hoch wie an den Gesamtschulen, an den Realschulen und Gymnasien sogar dreimal so hoch. Die F.D.P. klage die Verantwortung für die Notsituation an den Schulen ein: Der Kultusminister habe den Unterrichtsausfall an Hauptschulen, Sonderschulen und berufsbildenden Schulen zu vertreten; immer neue Gesamtschulen würden gegründet, da sie mehr Lehrer benötigen, würden sie von den anderen Schulformen abgezogen, wobei sich der Unterrichtsausfall dort vergrößere. Wenn im neuen Schuljahr wie angekündigt, ein privates Wirtschaftsprüfungsunternehmen die Personalbewirtschaftung im Schulbereich unter die Lupe nehme, dann werde die SPD „ihr blaues Wunder“ erleben. Schließlich werde man feststellen, daß die Umsetzung der Vorschläge mitbestimmungspflichtig sei; dann werde das teure Gutachten in der Bibliothek verschwinden, ohne daß vor Ort ein einziges Problem gelöst worden sei.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) hielt dem liberalen Sprecher vor, er versuche Honig aus falschen Blumen zu saugen: Es gebe in dieser Sache keine Meinungsunterschiede innerhalb der Landesregierung, bei Lösungen zögen Finanz- und Kultusminister an einem Strang. Im Gegensatz zur Behauptung katastrophaler Zustände an den Schulen, die die Opposition immer wieder erhebe, könne er sagen (und belegen): „Die Situation an den nordrhein-westfälischen Schulen, was die Lehrer-Schüler-Relation angeht, war noch nie so gut wie zur Zeit.“ 1977 seien auf eine Lehrerstelle 24, 1980 21 und heute 17 Schüler gekommen; da solle die Opposition, bevor sie ihr Feldgeschrei erhebe, erst einmal die Fakten zur Kenntnis nehmen, sagte der Minister.



Für den ausgeschiedenen CDU-Abgeordneten Georg Wilhelm Mietz hat Landtagspräsident Karl Josef Denzler am 28. März die neue Abgeordnete Roswitha Drecker (CDU) aus Senden verpflichtet. Frau Drecker ist mit Wirkung vom 1. März Mitglied des Landtags.
Foto: Schüler

Kultusminister Hans Schwier (SPD) erkannte am Vokabular der Opposition, daß man sich in einer Zeit kurz vor Wahlen befinde. Die Opposition mache das Spiel der Lehrerverbände mit, „Schüler, Eltern und Lehrer gegen eine Landesregierung aufzubringen, die ja dem Gemeinwohl, nicht aber einzelnen Interessenverbänden verpflichtet ist“. Aber zum Glück sei das gezeichnete Zerrbild falsch: Mehr junge Menschen denn je erhielten eine gute Schulausbildung, erreichten höhere Abschlüsse und würden auf das Vereinte Europa vorbereitet. Der Unterrichtsausfall sei deutlich zurückgegangen; dem Rückgang der Schülerzahlen von 1976 bis 1990 um 26 Prozent stehe ein Abbau von zehn Prozent der Lehrerstellen gegenüber; damit verfüge das Land um eine günstigere Schüler-Lehrer-Relation als je zuvor.

Herbert Reul (CDU) stellte fest, die SPD stehe heute vor dem Scherbenhaufen ihrer Schulpolitik. Nach jahrelangen Ablenkungsmanövern erlebe man nun das „Trauerspiel“, daß der Unterrichtsausfall „plötzlich nur noch ein Problem von Verteilung, von Organisation und von faulen Lehrern“ sei. Grund für die Schwierigkeiten sei, daß die Landesregierung sich für die Gesamtschule als vierte Schulform entschieden habe; diese Politik habe eine Milliarde Mark Mehrkosten verursacht. Weiterhin wolle die SPD die kleinen Schulen opfern, „um für die Zentralanstalten, für die Gesamtschulen, genug Lehrer zu haben“.

Dr. Manfred Dammeyer (SPD) rechnete der Opposition vor, sie habe 3 000 neue Lehrerstellen für dieses Jahr gefordert; Nordrhein-Westfalen gehe aber darüber hinaus, indem allein an öffentlichen Schulen 3 380 Einstellungen vorgenommen werden. Und wenn sich zusätzlicher Bedarf durch die Zahl der Aus- und Übersiedlerkinder abzeichne, dann werde die Landesregierung aus diesen Zahlen Konsequenzen ziehen. Im übrigen sei die Schüler-Lehrerstellen-Relation allein nie ein Maßstab für ausreichende Lehrerversorgung gewesen; da müßten weitere Faktoren, wie Arbeitsverkürzung, Stellenreserve, Zuschläge für Ausländer- und Ausiedlerkinder, für Ganztagsbetreuung und das Klassenbildungsgesetz geregelt werden.

Dr. Achim Rohde F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, warnte die SPD: An „Tausenden von Schulen“ falle der Unterricht aus, da sollte nicht der Versuch unternommen werden, dieses Problem „wegzudefinieren“. Trotz der Steuerermehreinnahmen sei der Ausfall noch nicht abgebaut; „Kinder haben ein Recht auf Unterricht. Wer dieses Recht nicht durchsetzt, der vergeht sich an den Interessen unserer Kinder“, betonte Rohde.

Dr. Helmut Linssen (CDU) nannte die Versuche der SPD, kurz vor der Wahl von der offenkundigen Misere abzulenken, „restlos ungläubwürdig“. In der Beurteilung der Mangelverwaltung durch die Landesregierung stimme die CDU mit der F.D.P. völlig überein. Die CDU werde nach dem 13. Mai als erstes die Schulgesetzgebung des Landes ändern.

Jürgen Schaufuss (SPD) wies auf die Relationen hin: Fächerspezifischer Unterricht falle in der Größenordnung von 30 000 Stunden aus, das seien 1,8 Prozent. Der geringste Ausfall betreffe die Hauptschule. Es würden Schulen künstlich am Leben erhalten, die einfach zu klein seien, um ökonomisch zu sein. Lehrer wollten nicht dahin, wo sie gebraucht würden und wohin sie geschickt werden sollen; darüber sollte man reden und nach Gemeinsamkeiten suchen.

Dr. Bernhard Worms, CDU-Fraktionsvorsitzender, schlug dem Kultusminister vor, seinen Hut zu nehmen, wenn seine Bürokratie nicht ausreiche, mit dem Problem Unterrichtsausfall vor Ort fertig zu werden. Im Grunde habe sich der Minister „längst von den Schülern als dem zentralen Bezugspunkt unseres Bildungswesens gelöst“. Die Neigung, vorhandene Probleme einfach zu leugnen, sei „Arroganz der Macht“.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) hielt es für ein Rätsel, wie die Opposition auf ihre 300 000 Stunden Unterrichtsausfall komme. 1989 seien an der Grundschule 6 163, an der Hauptschule 5 224, an der Realschule 4 159, an den Gymnasien 18 863 und an der Gesamtschule 1 611 Stunden ausgefallen. Diese Zahlen würden regelmäßig veröffentlicht „und von Ihnen augenscheinlich falsch addiert“.

Ausschuß setzt sich für Verbesserung der Situation der Bürgerinnen ein

Frauenpolitik als interdisziplinäres Aufgabengebiet

Der Ausschuß für Frauenpolitik wurde im November 1987 während der laufenden Legislaturperiode durch gemeinsamen Beschluß aller drei Fraktionen eingesetzt. Der Ausschuß zählt elf Mitglieder im Verhältnis sechs (SPD) zu vier (CDU) zu eins (F.D.P.).

Einerseits ist Frauenpolitik für die Ausschußvorsitzende Marie-Luise Morawietz (SPD) ein eigenständiges Politikfeld. In diesem Sinne hat der Ausschuß die Aufgabe, frauenpolitische Entscheidungen des Landtags vorzubereiten sowie Vorschläge zur Verbesserung der Situation der Frauen zu erarbeiten. Andererseits hat sie die übrigen Fachausschüsse nie aus der Verantwortung entlassen, ebenfalls für die Verwirklichung des Gleichberechtigungsgrundsatzes Sorge zu tragen. Im Bereich der Familienpolitik, der Wohnungspolitik oder der Wirtschaftspolitik sind jeweils auch Interessen von Frauen berührt, insofern ist Frauenpolitik auch als ein interdisziplinäres Aufgabengebiet zu verstehen.

Zu den Beratungsschwerpunkten gehörte die Verbesserung der Situation der Frau im Erwerbsleben und damit einhergehend der Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit. Wichtigstes Ergebnis war in diesem Zusammenhang sicherlich die Verabschiedung des bundesweit ersten Frauenförderungsgesetzes für den öffentlichen Dienst, das nach intensiver Beratung, unter anderem nach Durchführung einer Anhörung, im

Schwerpunkt war beispielsweise auch die Durchführung eines Werkstattgesprächs zum Thema „Sprache und Gleichstellung“, in dessen Konsequenz zum Beispiel eine geschlechtsgerechte Abfassung der Geschäftsordnung des Landtags eingefordert wurde.

Die Problematik des Prostitutionstourismus und des Menschenhandels mit ausländischen Mädchen und Frauen sowie die Situation ausländischer Frauen in Nordrhein-Westfalen wurde ebenfalls mehrfach im Laufe der Beratungen thematisiert. Von Interesse waren für den Ausschuß in diesem Zusammenhang besonders die Ausführungen der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Liselotte Funcke. Eine Ausstellung zu dem Thema „Frau als Ware“ wurde erst kürzlich auf Anregung des Ausschusses im Landtag gezeigt.

Von besonderer Bedeutung für die Ausschußarbeit war schließlich eine Informationsreise nach Norwegen und Schweden, die dem Ausschuß wichtige Erkenntnisse über die Organisation der Gleichstellungsarbeit in Skandinavien vermittelte.

Werkstattgespräch

Dezember 1989 in Kraft getreten ist. Mit ähnlicher Zielsetzung erfolgte die Beratung des CDU-Antrags zur „Verbesserung und Ausbau der Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst“, des SPD-Antrags „Frau und Beruf“ sowie weiterer Frauenförderungsempfehlungen im öffentlichen Dienst: Änderung der Laufbahnverordnung und der Beurteilungsrichtlinien, Berücksichtigung frauenspezifischer Belange im Fortbildungsbereich etc. Ein zentraler Arbeits-

Sport in vernünftiger Dosierung hält den Menschen bei Gesundheit und leistungsfähig bis ins Alter

Exakt 50 Sitzungen absolvierte der Sportausschuß des Landtags unter Vorsitz von Hans Rohe (SPD) in der 10. Wahlperiode. In zwölf auswärtigen Sitzungen informierte sich der aus 16 Mitgliedern bestehende Ausschuß vor Ort über Sporteinrichtungen verschiedener Verbände. Auf einer Informationsreise durch Finnland und Schweden untersuchte eine Kommission die dortigen Ansätze, Sport zur vorbeugenden Krankheitsvorsorge und nachbereitenden Rehabilitation einzusetzen. Während einer Reise durch die USA erkundete eine kleinere Gruppe von Abgeordneten die neuen Sporttrends, die auch in einigen Jahren bei uns Platz greifen werden. Schließlich besuchte am Ende der Wahlperiode eine nordrhein-westfälische Sportdelegation die DDR, um die neuen Möglichkeiten der Sportpartnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen und Sportvereinigungen in der DDR zu erkunden.

In vier öffentlichen Anhörungen hat der Sportausschuß Vertreter von Sportfachverbänden, Sportwissenschaft und Sportverwaltung zu folgenden Themen gehört: Sport und Gesundheit, Möglichkeiten der Beschäftigung arbeitsloser Sportlehrer, Sport und Umwelt sowie Entwicklung der sportwissenschaftlichen Institute.

Die gesamte Vielfalt der bunten Sportpalette spiegelte sich in den Beratungsthemen der ablaufenden Wahlperiode wider: zum Beispiel Breitensportentwicklung, Freizeitpolitik, Behindertensport, Schulsport, Seniorensport, Talentförderung und Talentsuche, Luftsport, Wassersport, Reitsport, Golfsport, Olympiastützpunkte, Neuordnung der Wett-

systeme im Galopp- und Trabrennsport, Vorsorgeuntersuchungen im Sport, Sicherheit in Sportstadien, Sport und Medien, Vereinsbesteuerung, Sport und Gesundheit, Sport und Umwelt.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Sportausschusses gehören die jährlichen Haushaltsberatungen zur Festlegung der Sportförderungsmittel im Landessportplan. Im Rahmen dieser Beratungen hat der Ausschuß in den letzten beiden Jahren jeweils zehn Millionen Mark mehr an Barmittel für den Sportstättenbau und insgesamt 30 Millionen Mark mehr für Verpflichtungsermächtigungen beschlossen als die Landesregierung vorgesehen hatte.

Die beiden herausragenden Themen der Beratungen im Ausschuß waren die beiden Bereiche „Sport und Gesundheit“ und „Sport und Umwelt“, zu denen alle Fraktionen Anträge eingebracht hatten. In den Anträgen „Sport und Gesundheit“ gingen die Fraktionen übereinstimmend von der Feststellung aus, daß vernünftig dosierte Sportaktivitäten zur gesundheitlichen Vorsorge und Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des Menschen bis ins Alter beitragen. Die gesundheitliche Präventionswirkung des Sports wird von allen Fraktionen bejaht und als sportpolitisches Entwicklungsziel angesehen. In dem von allen drei Fraktionen des

nordrhein-westfälischen Landtags einstimmig verabschiedeten Antrags „Sport in einer lebenswerten Umwelt“ werden die gleichberechtigten Interessen des Sports und des Umweltschutzes miteinander abgewogen. Der Antrag kommt zu dem Ergebnis, daß Sport und Umweltschutz keine Gegensätze sind, sondern beide ein Stück unseres Lebens repräsentieren.

Lindenstraße ist Sache des WDR

Keine Veranlassung in das interne Prüfungsverfahren des Revisionsberichtes des WDR zur „Lindenstraße“ einzugreifen, sieht Ministerpräsident Johannes Rau (SPD). Auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Achim Rohde (F.D.P.) erklärte der Ministerpräsident weiter, der WDR habe bereits konkrete Maßnahmen zur Kostenminderung bei der Produktion der Lindenstraße ergriffen. Rau wies auch darauf hin, daß der siebte Bericht der KEF, in der die Landesregierung vertreten sei, zu dem Ergebnis komme, daß bis 1992 keine Erhöhung der Rundfunkgebühren nötig sein werde. Die Rundfunkanstalten würden in Kürze dazu Stellung nehmen (Drs. 10/5320).

Abschiebung von Roma

In der Zeit vom 14. Dezember 1989 bis zum 31. Januar 1990 seien 89 jugoslawische Staatsangehörige – 64 Erwachsene und 25 Kinder – aus Nordrhein-Westfalen abgeschoben worden. Dies erklärte Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Heinz Paus (CDU). Ob und gegebenenfalls wie viele Roma sich darunter befunden hätten, sei statistisch nicht erfaßt worden (Drs. 10/5320).

Haushaltsausschuß-Beratungen über deutsch-deutsche Finanzen in Berlin

Ost-Berlin: „Gucken wie Schwein ins Uhrwerk“

In Vertretung des Finanzministers berichtete Staatssekretär Dr. Rolf Haacke bei der Sitzung im Reichstag zum Stand der Beratungen über die Kosten der Vereinigung. Bundesdeutsche Mittel für den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur in der DDR, im Umwelt- und Energiebereich, im Sozial- und Gesundheitswesen sowie für den Aufbau einer modernen Verwaltung könnten durch Umschichtungen in den Haushalten, Kürzung der Berlinhilfe, der Zonenrandförderung und Wegfall sonstiger Teilungskosten, von Steuervergünstigungen und Finanzhilfen, durch Bundesbankgewinne, Nichterhöhung von staatlichen Leistungen und schließlich, was wenig wünschenswert sei, durch Erhöhen der Nettokreditaufnahmen. Von der finanzpolitischen Sprechern der Fraktionen und von gutinformierten weiteren Ausschußmitgliedern wurde dazu vermerkt, daß Kriegsfolgelasten vom Bund zu tragen seien, daß die finanziellen Verpflichtungen des früheren Unrechtssystems der DDR in allen Einzelheiten nicht überschaubar seien und auch nicht voll übernommen werden könnten und daß ein Teil der künftigen Kosten auch von der DDR selbst getragen werden könne. Durch bestimmte Daten dürfen nicht falsche Signale gesetzt und unerwünschte Wirkungen ausgelöst werden. Die Erwartungen der DDR-Bürger, ganz schnell unseren Lebensstandard zu erreichen und gleichzeitig sämtliche Sozialleistungen zu erhalten, seien zu hoch.

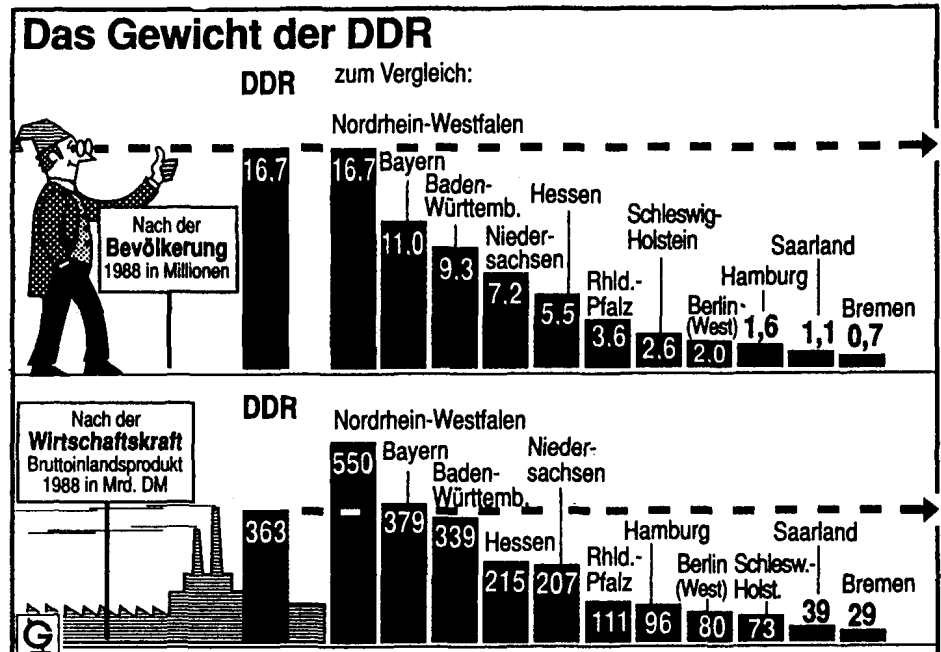
Als Mitglied einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Aufbau einer am Haushaltsrecht orientierten Finanzverwaltung in der DDR berichtete Ministerialdirigent Hans Georg Bachmann (NRW-Finanzministerium), die Staatsfinanzen der DDR seien durch Abschöpfungen aus den Betrieben und nur zu einem geringen Teil aus Steuern beschafft worden. Der Aufbau einer Steuerverwaltung werde durch Fehlen qualifizierter Finanzbeamter und eines ausgebauten Steuersystems erschwert. Auch gebe es keine mittlere Ebene zwischen den 7600 Gemeinden in der DDR (zum Vergleich NRW: 396) und der Zentralverwaltung in Ost-Berlin.

Über Änderungen des Steuerrechts in der Bundesrepublik und der DDR zugunsten humanitärer und wirtschaftsfördernder Maßnahmen wurde nicht im einzelnen beraten. Dem Ausschuß lag jedoch eine Auflistung des Finanzministers (Vorlage 10/2707) mit umfassenden Steuererleichterungen für den Zeitraum der Zweistaatlichkeit vor.

Die von Landtag bereits bewilligten 20 Millionen Mark für humanitäre Soforthilfen sind nach Mitteilung des Staatssekretärs bis auf 200 000 Mark bereits verplant. Angesichts des mancherorts bedrohlichen Mangels sei schnelle und unbürokratische Hilfe dringend geboten, die haushaltsrechtliche Abwicklung der Mittelverwendung jedoch teilweise problematisch. Als größere Einzelvorhaben wurden die auf fünf Jahre befristete Finanzierung des Leipziger Leibnizhauses durch das Kulturwissenschaftliche Institut Essen, die Erneuerung der Bleihütte in Freiberg/Sachsen und das Joint Venture einer Oberhausener Firma mit einer Armaturenfirma in Magdeburg genannt.

Im Kongreßteil des Ostberliner Palast-

Zu Beratungen über die Auswirkungen der Überwindung der deutschen Teilung auf die öffentlichen Haushalte und den Einsatz bereits bewilligter Mittel hielt sich der Haushalts- und Finanzausschuß am 22. und 23. März in Berlin (West und Ost) auf. Die von Vorsitzendem Hans Georg Weiss (CDU) geleiteten Sitzungen fanden im Reichstagsgebäude, im Palast-Hotel und der Ständigen Vertretung (beide Ost-Berlin) und im Schöneberger Rathaus statt. Angesichts des Reiseterrains wenige Tage nach der ersten freien Wahl zur Volkskammer waren auf DDR-Seite keine hochrangigen Gesprächspartner erwartet worden. Von Ausschußmitgliedern ohne persönliche DDR-Kontakte wurde jedoch bedauert, daß die zur Zeit große Informationsbereitschaft auf DDR-Seite nicht besser genutzt wurde.



Hotels berichteten am folgenden Tag Vorstandsmitglied Jürgen Sengera und der DDR-Repräsentant der Westdeutschen Landesbank Dr. Peter Dähne von massivem Beratungsbedarf und großen Wissenslücken bei möglichen DDR-Kreditnehmern über die Marktwirtschaft: das kleine Einmaleins sei gefragt. In Leipzig, Chemnitz, Dresden, Halle, Erfurt, Magdeburg und Schwerin wolle die WestLB weitere Büros mit je zwei Leuten einrichten. Dort seien 72 Prozent der industriellen Produktion und 70 Prozent der Spareinlagen der DDR angesiedelt.

Das Sparkassenwesen der DDR sei durch hohe Anteile (85 Prozent) am Umlaufvermögen (158 Milliarden Mark), jedoch nur geringem Eigenkapitalbestand sowie kaum qualifiziertem Personal gekennzeichnet, welches bis auf örtlichen Direktor und Abteilungsleiter nur aus ungelerten Frauen bestehe. F.D.P.-Sprecher Wolfram Dorn ergänzte, auch ehemalige Offiziere der NVA seien als Sparkassenchefs anzutreffen, und äußerte Zweifel, ob es der DDR-Bevölkerung diene, wenn alle westdeutschen Landesbanken neben den Groß- und Genossenschaftsbanken sich durch eigene Filialnetze gegenseitig auf den Füßen ständen. Das Sparkassenwesen der DDR sei in Gefahr.

Die Risikoabschätzung in Verträgen mit DDR-Betrieben basiere, fuhr Sengera fort, vorläufig nur auf Substanzwerten, Ertragswerte zählten nicht. Grund und Boden gehe vorerst nicht in die Vermittlung ein. Man müsse sich eben das Management ansehen. Westdeutsche Wirtschaftsprüfungsgesellschaften versuchten derzeit, die Unternehmen zu bewerten. Aus kleinen Geschäft-

ten seien inzwischen Millionenlieferungen geworden, teilweise gegen Mark der DDR und damit als potentielle Verlustquellen. Die WestLB habe Zugang zu sehr kooperationswilligen Stellen in der DDR.

Minister Heinz Schleußer berichtete von der Bund-Länder-Finanzministerkonferenz am Vortag von Übereinstimmung, die Wirtschafts- und Währungsunion sozial zu begleiten. Die schnelle Union werde von allen als unsinnig angesehen, sei aber politisch nicht zu verhindern. Bei der Vereinigung kämen auf die öffentlichen Haushalte anfangs sehr hohe Belastungen zu. An einem Transfer etwa von 20 Milliarden Mark im Länderfinanzausgleich wäre NRW mit 5,4 Milliarden beteiligt. Die Staatsfinanzen der DDR seien nicht kalkulierbar. Vom Minister und von Ausschußmitgliedern wurde von dramatischer Entwicklung, Durcheinander, drastischem Einnahmerückgang und einer Schiefelage der DDR-Finanzen im Laufe des Jahres, vielleicht schon ab Juni, gesprochen.

Zu den Beratungen in der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin waren am Nachmittag Mitglieder der neuen Volkskammer-Parteien der DDR gekommen, die jedoch angesichts der neuen Situation wenige Tage nach den ersten freien Wahlen und des erschwerten Starts durch Stasi-Verdächtigungen keine konkreten Schritte zur Regierungsbildung und Gesetzgebung ankündigen konnten. Eine große Bewertung der Wirtschaftsstruktur der DDR hatte das SPD-Volkskammermitglied Volker Manhenke parat: Etwa ein Drittel der Betriebe könnten in ein bis zwei

Jahren mit dem Westen konkurrieren, bei einem weiteren Drittel werde es länger dauern, rund ein Drittel der Betriebe müßten verschrottet werden. Der Finanzsprecher der Liberalen im Ostberliner Stadtparlament Klaus Harms sprach von 300 Ostmark-Millionären im Raum Leipzig, was „legal gar nicht möglich“ sei, als er von Ausschlußmitgliedern auf die hohen Spareinlagen der DDR-Bürger angesprochen wurde, die jedoch zu 80 Prozent bei 20 Prozent der Bevölkerung zu Buche schlugen. Er bemerkte, Gelder aus dem Westen seien bisher versickert, ohne daß die Bürger etwas gemerkt hätten. Harms empfahl als Betriebsleiter im übrigen das Nachrüsten mit einfacher Technik, denn durch einen plötzlichen Sprung in High Tech „würden wir bei NC-gesteuerten Maschinen gucken wie Schwein ins Uhrwerk“.

Im Schöneberger Rathaus ging es am Abend zusammen mit dem Hauptausschuß sowie dem Ausschuß für Bundesangelegenheiten des (West) Berliner Abgeordnetenhauses unter anderem um die Frage, ob Gesamtberlin zusammen mit dem früheren Land Brandenburg ein neues Land Berlin-Brandenburg bilden und NRW die Partnerschaft übernehmen solle. Finanzsenator Meisner sagte, für eine Großstadt seien die Probleme mit einem Umland verbunden

leichter zu lösen. Das Herauslösen der Verantwortung der Siegermächte für Berlin mache jedoch eine Grundgesetzänderung notwendig. Seitens der Berliner Abgeordneten kamen auch die besonderen Belastungen zur Sprache, die den öffentlichen, insbesondere kulturellen Einrichtungen West-Berlins durch starke Inanspruchnahme durch die DDR-Bürger seit Öffnung der Mauer entstehen. Als eine der ersten Institutionen, die zusammengelegt werden müßten, wurden die beiden städtischen Verkehrssysteme genannt.

Für den Haushalts- und Finanzausschuß des NRW-Landtags, der mit der Berlin-Tagung seine Beratungen in der zehnten Wahlperiode abschloß, habe sich aus den deutsch-deutschen Beratungen, so resümierte Vorsitzender Hans Georg Weiss (CDU), eine neue Aufgabe abgezeichnet.

Für die Politiker, so sagte namens des gastgebenden Präsidenten des Abgeordnetenhauses beim Abendessen der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion Dankwart Buwitt, ergebe sich aus der deutschen Aufgabe eine besondere Verantwortung, durch Aufklärung und Information das schwierige Zusammenwachsen zu begleiten und Verstimmungen auf beiden Seiten aufzufangen.

Filterselbstretter

Die Fertigung von Selbstrettern der Berliner Auergesellschaft besichtigte der Ausschuß für Grubensicherheit unter Leitung von Willi Wessel (SPD). Die Erläuterung der Bauweise von Atemschutzgeräten in der vorigen Ausgabe wird nachstehend fortgesetzt.

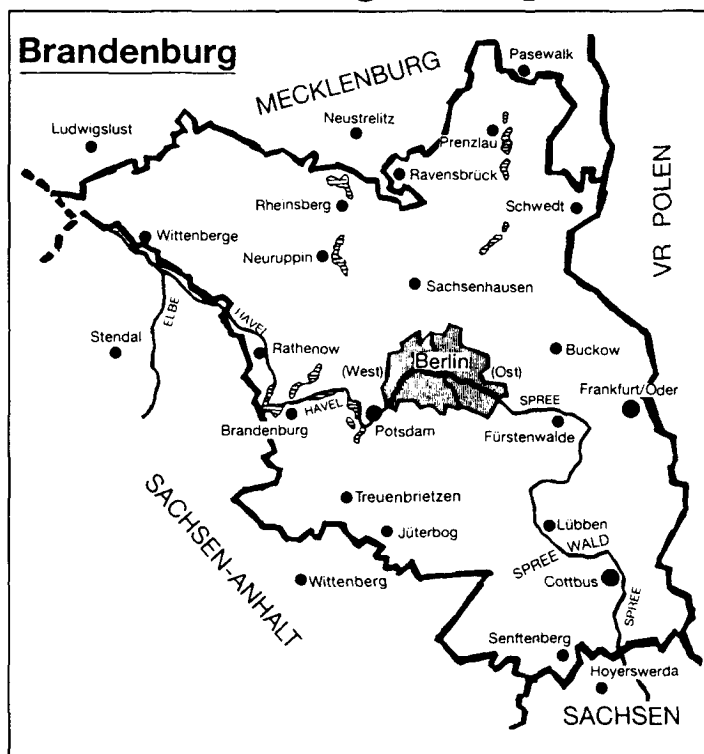
Beim Chemikaliensauerstoffgerät liefert Kaliumhyperoxid den Sauerstoff und bindet gleichzeitig das Kohlendioxid der Ausatmung.

Trotz einfacher Inbetriebnahme müssen die Bergleute für den Gebrauch der Selbstretter geschult werden. Probleme bereiten die durch chemische Prozesse erzeugte Wärme und Widerstände beim Einatmen, vor allem bei der Flucht mit einem Sauerstoffverbrauch von 30 Litern pro Minute. Auch muß das Gewicht der Geräte deutlich unter drei Kilogramm liegen, wenn ständiges Mitführen gewährleistet werden soll, was jedoch wiederum die Dauer der Einsatzleistung beeinflusst. Das derzeit vom Deutschen Ausschuß für das Grubenrettungswesen praktizierte Konzept sieht eine Selbstrettung durch Geräte am Mann bis zu Fluchtkammern mit dort gelagertem Rettungsgerät vor, die in höchstens 20 Minuten von jedem Arbeitsplatz aus zu erreichen sind.

Mit Glasglühkörpern, einer Metallfadenglühlampe und künstlichem Feuerstein hatte 1892 Carl Freiherr Auer von Welsbach in Berlin die Auergesellschaft gegründet. 1906 erfolgte die Einführung der Osram-Lampe. Im Ersten Weltkrieg wurden die ersten Atemschutzgeräte zur Produktreihe geführt. Trotz Zerstörungen und Demontage im und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde bereits 1945 die Produktion wieder aufgenommen. Seit 1958 arbeitet die Auergesellschaft mit dem weltgrößten Unternehmen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes zusammen, der Mine Safety Appliances Company (MSA), Pittsburgh, USA. Die amerikanische Mutterfirma ist heute in allen Kontinenten vertreten. Mit immer weiterentwickelten Arbeits- und Umweltschutzgeräten tragen Erzeugnisse der Berliner Tochter Auergesellschaft zu größerer Sicherheit in der europäischen und internationalen Arbeitswelt bei, zum Beispiel beim Bau des Nordsee-Tunnels Calais—Dover. Bei Filterselbstrettern beträgt der Marktanteil in USA derzeit 80 bis 90 Prozent. Nach ausführlicher Fachinformation führten leitende Mitarbeiter der Firma die Mitglieder des Ausschusses für Grubensicherheit durch die weitgehend automatisierte Fertigung und durch Forschungs- und Entwicklungsabteilung. Ein Aufenthalt am Brandenburger Tor und eine Stadtrundfahrt durch das zwar noch geteilte, aber mit offener Mauer durchlässigere Berlin rundeten den Aufenthalt ab. Am Ende der Tagung dankte als jüngstes Mitglied der CDU-Abgeordnete Lothar Hegemann den ausscheidenden Abgeordneten des Ausschusses und dem Vorsitzenden Willi Wessel (SPD) für die Arbeit, die wie kaum in einem anderen Ausschuß unmittelbare Auswirkung auf Betroffene habe. Der gastgebenden Firma wünschte Willi Wessel erfolgreiche Geschäftstätigkeit im Interesse der Sicherheit der Menschen bis zur Hundertjahrfeier im Jahre 1992: „Bei der Sicherheit auf Dauer mit Power von Auer.“

Neues Land Brandenburg im Gespräch

Bis auf das frühere Land Brandenburg gebe es, so stellten die Sprecher des NRW-Haushaltsausschusses bei Gesprächen mit Berliner Kollegen fest, schon Partnerschaften zwischen Bundesländern und den früheren Ländern auf dem Gebiet der DDR. Sie bekundeten Interesse an einer Partnerschaft NRW/Berlin-Brandenburg, die Entscheidung darüber müsse jedoch den sechs Millionen Einwohnern überlassen bleiben. Der Vorsitzende des Ausschusses für Gesamtberliner Fragen beklagte die bisher schleppende Arbeit eines Regionalausschusses mit DDR- und Senatsvertretern.



Vom 20. bis 23. März 1990 hielt sich eine Delegation von Verwaltungsfachleuten aus Potsdam zu Informationsgesprächen mit Vertretern der Landtagsverwaltung in Düsseldorf auf. Der Delegation unter Leitung des Sekretärs des Rats des Bezirks Potsdam, Fred Kretzschmar, gehörten außerdem Wolfgang Haupt, Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirks für Handel und Versorgung, Ernst Heuser, zuständig für den Bereich Raumordnung und regionale Entwicklung beim Rat des Bezirks Potsdam, und Klaus Tschöpe, Leiter des Büros des Bezirksrates Potsdam, an. Alle Delegations-

teilnehmer sind Mitglieder des Koordinierungsausschusses zur Bildung eines Landes Brandenburg.

In den Gesprächen, zu denen zeitweilig auch Fachleute aus der Staatskanzlei, dem Innenministerium und dem Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft zugezogen waren, ging es vornehmlich um praktische verfassungsrechtliche und verwaltungsorganisatorische Fragen im Zusammenhang mit der Bildung eines Landes Brandenburg. Vom 2. bis 4. April 1990 werden Mitarbeiter der Landtagsverwaltung zu einem Gegenbesuch in Potsdam erwartet.

Hauptausschuß

In Kohlenmischhalle soll Produktion von HDTV-Filmen beginnen

Zur voraussichtlich letzten Sitzung in dieser Wahlperiode lud der Vorsitzende Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) die Mitglieder des Hauptausschusses auf das Gelände der Zeche Osterfeld in Oberhausen ein. Hier plant die HDO High Definition Oberhausen — Technologiezentrum für eine neue Film- und Videoproduktionstechniken GmbH — ein HDTV-Technologiezentrum, in dem Fernsehfilme in der hochauflösenden Technik HDTV sowie Kinofilme produziert werden sollen. Neben den Mitgliedern des Hauptausschusses nahmen Oberbürgermeister Friedhelm van der Mond, Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) — eingeladen in seiner Eigenschaft als örtlicher Abgeordneter —, HDO-Geschäftsführer Michael Pflöghar, der kaufmännische Geschäftsführer Dr. Tillmann Herzog, Professor Dr. Ganser (IBA-Emscherpark) sowie Vertreter der Westdeutschen Landesbank, der Ruhrkohle AG, der Werksdirektion der Zeche, der Firma Philips sowie aus Rat und Verwaltung teil.

In der Erwiderung auf die Begrüßungsworte des Oberhausener Oberbürgermeisters wies Professor Dr. Farthmann auf die bisherigen Beratungen des Themas „HDTV“ im Hauptausschuß hin, der hierzu im Herbst auch eine öffentliche Anhörung im Sachverständigen aus Industrie, Wissenschaft und dem Bereich der Rundfunkanstalten durchgeführt habe. Mit dem Besuch in Oberhausen werde die Reihe der Informations- und Diskussionsveranstaltungen fortgesetzt. Es bestünde ein großes Interesse an einem raschen Fortschritt. Das geplante Projekt sei ein weiterer Baustein für die Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen als Film- und Medienland. Würden hier auf dem Gelände der Zeche in naher Zukunft Schauspieler und Schauspielerinnen ein und ausgehen, so könne man von einer „sichtbaren Wende der Industriestrukturen“ reden.

Michael Pflöghar stellte sodann das Projekt vor, welches in zwei Phasen verwirklicht werden soll. Zunächst soll in einer ehemaligen Kohlenmischhalle, dem sogenannten Dom mit einem Durchmesser von über 90 Metern, die Produktion von großen HDTV-Filmen nach der notwendigen technischen Ausstattung der Halle mit vielen Variationsmöglichkeiten beginnen. Zugleich sollen das Regiezentrum und eine zweite Produktionshalle errichtet werden. Trickabteilung und Computeranimation sollen dem Regiezentrum angegliedert sein. In einer zweiten Bauphase sind dann ein Hotel, die Einbettung des ganzen Zentrums in eine parkähnliche Landschaft mit der erforderlichen Infrastruktur und gastronomischen Einrichtung vorgesehen.

Pflöghar strebt dabei kompromißlos eine ganzheitliche Lösung an, da nur der „große Wurf“ den Vorsprung in der neuen Produktionstechnik gegenüber den Medien-Hoch-

Mikat-Kommission...

Fortsetzung von Seite 8

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) sagte in einer Ergänzung: „Für mich war schon die Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler und dem saarländischen Kollegen sowie die Übereinstimmung in der Einsetzung der Kommission und in der Auswahl der Personen der Versuch, einen neuen Kohlenkonsens zustande zu bringen.“ Das heiße, auch ihm gehe es darum, in der kommenden Wahlperiode möglichst einen Kohlenkonsens im Landtag zustande zu bringen.

Dr. Bernhard Worms (CDU), Fraktionsvorsitzender, fragte den Ministerpräsidenten, ob er heute sagen wolle und damit dem Bergbau die Garantie geben, daß im Jahre 2005 55 Millionen Tonnen auf dem Markt abgesetzt werden könnten. Wenn er das tue, müsse er, weil die Kohle, da sie von uns nicht zu Weltmarktbedingungen auf den Absatzmarkt gebracht werden könne, dem Bergbau hier und heute die Subventionen in der Gesamthöhe explizit zusagen.

Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD) meinte, er habe das Votum der Mikat-Kommission nicht so verstanden, daß Absatzgarantien für feste Mengen gegeben werden sollten. In dem Gutachten heiße es vielmehr, daß man, wenn man einen lebendigen heimischen Bergbau erhalten wolle, was man energie-

politisch müsse, eine bestimmte Grenze nicht unterschreiten dürfe.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) sagte, von einer Absatzgarantie habe niemand gesprochen. Es stünden zwei Alternativen politischer Planung zur Debatte. Die erste von der Mikat-Kommission genannte Alternative seien die 55 Millionen Tonnen. Der Planungshorizont von 35 Millionen Tonnen sei für die SPD undiskutabel.

Christa Thoben (CDU) erklärte für die CDU-Fraktion: „Wir streben die 55 Millionen Tonnen wortgleich mit dem Wirtschaftsminister politisch an.“

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, unterstrich, die F.D.P. wolle einen lebendigen Bergbau. Für des Ministerpräsidentens klare Aussage, in der nächsten Legislaturperiode zu dem Konsens unter den Fraktionen zu kommen, zeigte sich Rohde dankbar.

Johannes Rau (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, wird eine ungewohnte Rolle übernehmen. Beim Konzert „nicht nur für Kinder“ des Westfälischen Musikfestes am 10. Juni im Maximilianspark in Hamm tritt der Regierungschef des bevölkerungsreichsten Bundeslandes als Sprecher in **Sergei Prokofjews** Melodram „Peter und der Wolf“ auf. Es spielt das Westfälische Sinfonieorchester.

Ausschuß für Schule und Weiterbildung

Lehrerversorgung und Unterrichtsausfall bleiben Schwerpunkte

Auch in der 10. Wahlperiode war der Ausschuß für Schule und Weiterbildung mit insgesamt 69 Sitzungen einer der arbeitsintensivsten Ausschüsse des Landtags.

In sieben auswärtigen Sitzungen hat der Ausschuß sich vor Ort in Einrichtungen des Schulwesens umgesehen. In neun öffentlichen Anhörungen wurden Sachverständige, Verbandsvertreter, Eltern und Schüler sowie die kommunalen Spitzenverbände gehört. Lediglich eine Auslandsreise führte eine Kommission des Ausschusses in die USA zur Untersuchung der Thematik „Neue Technologien im Unterricht“.

Die Beratungsgegenstände des Ausschusses umfaßten das gesamte Spektrum des Bildungswesens; von Abiturrichtlinien bis Weiterbildung. So verabschiedete der Ausschuß zahlreiche Ausbildungs- und Prüfungsordnungen über die Bildungsgänge an berufsbildenden Schulen. Bei den jährlichen Haushaltsberatungen standen die Forderungen zur Lehrereinstellung im Vordergrund. Im übrigen bildeten Schwerpunkte der Beratungen in der 10. Wahlperiode die Themen Neue Technologien in Schule und Unterricht, Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule sowie Fragen der Auswirkungen der europäischen Integration auf

Fortsetzung Seite 16

Bewährungshelfer berichteten vor dem Rechtsausschuß

Hohe Belastung schränkt Chancen der Betreuung ein und verringert den Erfolg der Resozialisierung

Der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, dem Deutschen Beamtenbund sowie der Landesarbeitsgemeinschaft der Bewährungshelfer wurde in einer nicht-öffentlichen Sitzung des Rechtsausschusses Gelegenheit gegeben, zur Situation der Bewährungshilfe in Nordrhein-Westfalen Stellung zu nehmen.

Übereinstimmend beklagt wurde die hohe Belastung der Bewährungshelfer, die nach wie vor 60 und teilweise über 100 Betroffene zu beraten hätten, so die ÖTV. Ausgehend von einer Meßzahl von 40 Probanden, wie sie bereits die Kommission der Konferenz der Justizminister 1974 empfohlen hatte, müßten die Bewährungshelfer ein Pensum von mindestens 1,5 bewältigen und das bei gleichzeitiger Verschlechterung der sozialen Bedingungen der zu betreuenden Klientel, führte die Arbeitsgemeinschaft deutscher Bewährungshelfer aus. Aufgrund der überdurchschnittlichen hohen Belastung müßten die Möglichkeiten der Betreuung zwangsläufig eingeschränkt werden, was sich, so der Landesverband der Sozialarbeiter in der Strafrechtspflege als Fachverband im deutschen Beamtenbund, auf den Erfolg der Resozialisierung negativ auswirke. Alle drei Verbände beklagten eine Zunahme auch des Verwaltungsaufwands in der Bewährungshilfe, der ebenfalls eine Anpassung der Personalausstattung an den tatsächlichen Bedarf erfordere. Übereinstimmend waren sie der Auffassung, daß es heute keine Gründe mehr gebe, den Aus-

schuß für Bewährungsaufsicht bei der Auswahl von Bewährungshelfern zu beteiligen. Die im Haushalt eingebrachten Mittel zur Fortbildung im Bereich der Bewährungshilfe sind nach übereinstimmender Ansicht aller drei Verbände unzureichend und müßten dringend den Erfordernissen angepaßt werden, gerade auch im Vergleich zu den Bundesländern Bayern und Schleswig-Holstein, wo der fünffache Betrag zur Verfügung stehe. Übereinstimmend waren auch alle Vortragenden der Meinung, daß die Zusammenarbeit der Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer mit dem sozialen Dienst im Strafvollzug verbesserungsbedürftig sei. Es müsse sichergestellt werden, daß die JVA's in die Lage versetzt würden, die Entlassungsvorbereitungen vorzunehmen und andererseits eine rechtzeitige Information über die bevorstehende Entlassung des Probanden an die Bewährungshilfe zu übermitteln.

Die hierzu gemachten Vorschläge sah das Justizministerium aus datenschutzrechtlichen Überlegungen sehr kritisch und hielt sie für teilweise nicht praktikabel.

Derzeitigen Überlegungen, für die sozialen Dienste der Justiz durch ein Bundesresozialisierungsgesetz eine neue Organisationsstruktur zu schaffen, wurde von allen Sachverständigen eine Abfuhr erteilt. Nach ihrer Meinung ist die Voraussetzung für eine effiziente Straffälligenhilfe nicht die Umstrukturierung der Organisation als vielmehr der personelle und materiale Ausbau der Bewährungshilfe. Eine Neustrukturierung und Umorganisation würde zwar die Illusion des Fortschritts erzeugen, aber auch die

Gefahr der Bürokratisierung und Hierarchisierung bergen.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt stellte die Sprecherin der Vollzugskommission, die SPD-Abgeordnete Marie-Luise Morawietz, den Bericht über die in der Zeit von August 1988 bis Dezember 1989 durchgeführten Besuche in Vollzugsanstalten vor.

Belegungssituation

Sie ging dabei auf die weiterhin angespannte Belegungssituation, die kritische Personalsituation und die ständig steigende Zahl der Drogentäterinnen und -täter ein. Die Vollzugskommission habe mit großem Respekt und großer Dankbarkeit die ehrenamtliche Arbeit vieler Männer und Frauen in den Anstalten registriert und immer großen Wert darauf gelegt, bei den Besuchen auch ein ausführliches Gespräch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Personalräte zu führen. Frau Morawietz ging davon aus, daß auch der nächste Rechtsausschuß wieder eine Vollzugskommission als Ansprechpartner für Probleme von Gefangenen und Bediensteten einrichten werde. Sie bedankte sich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die im Interesse des Strafvollzugs immer sachliche Arbeit und den fairen Umgang der Mitglieder miteinander.

Lehrerversorgung...

Fortsetzung von Seite 15

das Bildungswesen auch im Hinblick auf das Fremdsprachenangebot an unseren Schulen. Mitte der Wahlperiode stand die Frage der Ortsnähe und der Größe von Schulen und das sogenannte Schulfriedensgesetz der Oppositionsfaktionen im Vordergrund. Schließlich verabschiedete der Ausschuß Ende der Legislaturperiode das Klassenbildungsgesetz, eine Novelle zum Lehrerausbildungsgesetz und beriet ein Gesetz zur Stärkung der Elternrechte. Auch die jährlichen Berufsbildungsberichte der Landesregierung und der Zweite Bericht zur Situation der Weiterbildung wurden im Ausschuß beraten. Im Zusammenhang mit dem Klassenbildungsgesetz und den Forderungen nach einem Einstellungskorridor für Lehrer und Lehrerinnen wurde auch regelmäßig über den Unterrichtsausfall an nordrhein-westfälischen Schulen diskutiert. Auch in der nächsten Legislaturperiode wird der Ausschuß schwerpunktmäßig über Fragen der Lehrerversorgung und des Unterrichtsausfalls zu beraten haben.

Pina Bausch, Leiterin des Tanztheaters Wuppertal, erhält in diesem Jahr den Großen Kulturpreis der Sparkassen Stiftung zur Förderung rheinischen Kulturguts. Diesen Beschluß faßte das Kuratorium der Stiftung unter der Leitung des Präsidenten des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, **Johannes Fröhlings**. Mit der mit 60 000 Mark dotierten Auszeichnung soll das tänzerische und choreographische Werk der Künstlerin gewürdigt werden. Der Preis wird Pina Bausch im Herbst in Essen überreicht.

Dr. Günter Struve, Fernsehregisseur des Westdeutschen Rundfunks (Köln), ist vom Rundfunkrat des WDR für fünf weitere Jahre im Amt bestätigt worden.



Zu einem Gespräch empfangt CDU-Landtagsabgeordneter Heinrich Kruse (2. v.l.) den Präsidenten des Zentralverbandes der Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümer, Dr. Th. Paul (3. v.l.). Aktuelle Fragen der Wohnungsbauförderung standen im Mittelpunkt der Gesprächsrunde, an dem auch der Wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU, Hubert Doppmeier, sowie der Vorstand von „Haus und Grund“ Bocholt mit dem Vorsitzenden Bernhard Th. Schmitz (2. v.r.) teilnahmen.

Foto: Schüler

Kommunalausschuß

Schwerpunkt lag bei Gestaltung des kommunalen Finanzausgleichs

Den Schwerpunkt seiner Arbeit sah der Ausschuß für Kommunalpolitik unter dem Vorsitz von Hans Wagner (CDU) auch in der 10. Legislaturperiode in der Gestaltung des kommunalen Finanzausgleichs. Dabei nahm die Beratung eines Gutachtens, das von einer vom Innenminister eingesetzten Arbeitsgruppe zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich erstellt worden ist, eine entscheidende Rolle ein; denn dieses Gutachten führte zu einigen gravierenden Änderungen der Gemeindefinanzierung.

Ein wichtiges Thema war auch die Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer. Hierzu hat der Ausschuß in einer öffentlichen Sitzung mehrere hochkarätige Sachverständige angehört, um zu erfahren, ob diese Maßnahme mit dem Grundgesetz und der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen zu vereinbaren wäre. Die Aussagen der Wissenschaftler waren kontrovers. Einen für die Innenstädte unseres Landes bedeutenden Beitrag leistete der Ausschuß mit seiner Empfehlung, im Vergnügungssteuergesetz die Steuersätze für Spielautomaten zu erhöhen, um die Spielhallenflut einzudämmen.

Reform des Verfassungsrechts

Auf Antrag der SPD-Fraktion befaßte sich der Ausschuß auch mit dem Einsatz der heimischen Kohle auf dem Wärmemarkt. Ausschußvorsitzender Hans Wagner (CDU), der sich von dieser Problematik besonders betroffen fühlte, initiierte zur Unterstützung dieses Anliegens die Besichtigung entsprechender Kohlefeuerungsanlagen vor Ort durch den gesamten Ausschuß und unterrichtete alle Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen über die positiven Eindrücke dieses Informationsbesuchs durch persönliche Anschreiben.

Ständig begleitet hat der Ausschuß auch eine Umfrage des Innenministers bei den Gemeinden zu den Bedingungen der Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen sowie deren Auswertung durch eine unabhängige Arbeitsgruppe. Da dem Ausschuß der Bericht der Arbeitsgruppe, der sich als Grundlage für die weitere Diskussion über eine Reform des kommunalen Verfassungsrechts anbietet, erst kurz vor Ende der Legislaturperiode vorgelegt wurde, mußte sich der Ausschuß auf die Feststellung beschränken, daß die Umsetzung der Reformvorschläge in der nächsten Legislaturperiode in Angriff genommen werden soll.



Landtagspräsident Karl Josef Denzer (l.) hat eine Delegation der Property Services Agency (PSA) empfangen. Dieser britische Verwaltungszweig entspricht etwa der staatlichen Bau- und Liegenschaftsverwaltung in der Bundesrepublik. Die Teilnehmer der Delegation gehörten der Regional Management Group an, die für den Bereich der britischen Rheinarmee zuständig ist und eng mit der Finanzbauverwaltung des Landes zusammenarbeitet. Die Delegation wurde vom Direktor der PSA, Perry (r.), geleitet. Von deutscher Seite nahmen an der Zusammenkunft im Landtag der Düsseldorfer Oberfinanzpräsident Kaiser sowie Finanzpräsident Wade-witz teil.

Foto: Schüller

Rückblick auf die Arbeit des Kulturausschusses

Seit der Gründung Begegnungen mit der Berufs- und Laienkultur

Durch die 1980 erfolgte Bildung eines eigenständigen Kulturausschusses hat die Kultur unabhängig von Schule und Hochschule einen eigenen Stellenwert im Landtag erhalten. Die Kulturpolitik in dem Sinne, wie sie in den letzten Jahren durch die Mitglieder dieses Ausschusses vertreten wurde, hat dadurch erheblich gewonnen.

Der Kulturausschuß hat sich seit seiner Gründung auf fachspezifische Diskussionen zur Aufdeckung und Bewältigung von Problemen im kulturellen Bereich konzentriert und Begegnungen mit Partnern aus der Berufs- und Laienkultur gepflegt. Beispielfür die auslaufende Legislaturperiode sei hier ein intensives Fachgespräch genannt, das der Kulturausschuß mit Museumsleitern aus Nordrhein-Westfalen zu grundsätzlichen Problembereichen wie Austausch von Museumsgut, Zurverfügungstellung von Leihgaben und Ausstellungen, Restaurierung, Museumpädagogik etc., geführt hat. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse werden auch in der neuen Legislaturperiode die Arbeit des künftigen Kulturausschusses noch nachhaltig beeinflussen.

In gewissem Umfang hat sich der Kulturausschuß auch gesetzgeberisch beteiligt. So durch seine Mitwirkung am Kunsthochschulgesetz des Landes, bei dem es sich nicht nur um eine späte, sondern auch um eine relativ schwierige Geburt gehandelt hat. Im Ausschuß wurden die Strukturentscheidungen zur Verselbständigung der Musikhochschule in Düsseldorf, Errichtung der Medienhochschule in Köln, Umwandlung der früheren Abteilung der Kunsthochschule Düsseldorf in eine Kunsthochschule in Münster und die Anreicherung der Folkwang-Hochschule in Essen gemeinsam getroffen, die der Landtag dann mitgetragen hat. Federführung hat der Kulturausschuß das

Archivgesetz beraten, das in der Beschlussfassung des Ausschusses vom Landtag verabschiedet worden ist. Im Ergebnis kann gesagt werden, daß dieses Gesetz trotz unterschiedlicher Auffassungen der Betroffenen zur relativen Zufriedenheit aller über die Bühne gegangen ist.

Während der insgesamt zehnjährigen Ausschußarbeit weist der sogenannte Kulturetat eine Steigerung von rund 20 Prozent auf. In Anbetracht der Gesamtentwicklung des Landeshaushalts bedeutet dies eine beachtliche Größe. Dies konnte nicht zuletzt dadurch erreicht werden, daß die Ausschußmitglieder gemeinsam in großem Einvernehmen in der Sache gehandelt haben.

Entsorgung in NRW

Nach seinem Informationsstand sei es möglich, alle in Nordrhein-Westfalen entstehenden chlorierten Kohlenwasserstoffe auch in diesem Bundesland zu entsorgen, erklärte der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Klaus Matthiesen, auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Michael Ruppert (F.D.P.). Ganz sicher könne man allerdings bei diesem komplexen System von Entsorgung und den bundesweit überall vorhandenen Entsorgungspässen nicht sein, schränkte der Minister ein. Der Mündlichen Anfrage lag ein Bericht der „Zeit“ zugrunde, in dem behauptet worden war, eine Kontrolle über den Verbleib des CKW-Mülls sei „praktisch unmöglich“ (Drs. 10/5320).

SPD-Fraktion

SPD fordert sofortigen Stopp aller Tiefflüge

Die SPD-Landtagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, alle Tiefflüge der Luftwaffe sofort zu stoppen. Mit den Verantwortlichen der alliierten Streitkräfte soll zudem unverzüglich über die Einstellung ihrer Tiefflüge über dem Gebiet der Bundesrepublik verhandelt werden.

Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann wies darauf hin, daß Nordrhein-Westfalen zusammen mit anderen Bundesländern im vergangenen Jahr eine drastische Reduzierung der Tiefflüge mit dem Ziel der endgültigen Einstellung gefordert habe. Damit sei sie bei der Bundesregierung auf Ablehnung gestoßen. Jetzt habe der Bundesverteidigungsminister erste Schritte angedeutet. Bezeichnend sei, daß er sich erst bewege, nachdem die Tiefflugpiloten die bisherige Praxis kritisiert hätten. „Wir in Nordrhein-Westfalen nehmen nicht länger hin, daß eine gesundheitsgefährdende Tieffliegerei über unserem Gebiet fortgeführt wird, für die es keine sinnvolle sicherheitspolitische Begründung mehr gibt“, stellte Farthmann fest.

★

Verantwortung des Bundes

Die von der Bundesanstalt für Arbeit in Abstimmung mit der Bundesregierung verfügte Kürzung des Übergangsgeldes für DDR-Übersiedler, die ihr Arbeitsverhältnis in der DDR selbst gekündigt haben, führt zwangsläufig zu einem Anwachsen der Sozialhilfekosten bei den Kommunen. „Zwar sei eine Gleichstellung arbeitsloser DDR-Übersiedler mit den bundesdeutschen Arbeitslosen zu begrüßen“, erklärte der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Reinhard Wilmbusse. „Diese Gleichstellung dürfe aber nicht dazu führen, daß sich der Bund — wie dies bereits bei der Kürzung von Ausbildungsbeihilfen und anderen Bundesleistungen geschehen sei — einseitig zu Lasten der Kommunen von eigenen Kosten befreie.“ Reinhard Wilmbusse fordert deshalb entsprechende finanzielle Ausgleichsleistungen des Bundes an die nordrhein-westfälischen Gemeinden, Städte und Kreise.

★

Attraktiver Nahverkehr

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich für das Umweltticket im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr ausgesprochen. Die verbundweite Einführung einer übertragbaren und verbilligten Umweltkarte zum 1. Januar 1991 ist nach den Worten ihres verkehrspolitischen Sprechers Karl Böse ein wichtiges Signal, um mehr Fahrgäste für den öffentlichen Personennahverkehr an Rhein und Ruhr zu gewinnen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat weiter beschlossen, den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr bei der Umsetzung seines Konzeptes zur Angebotsverbesserung nachhaltig zu unterstützen. Nach der Entscheidung durch die zuständigen VRR-Gremien sollen Gespräche und Verhandlungen über eine — möglicherweise zeitlich begrenzte — finanzielle Hilfe des Landes bei der Einführung des Umwelttickets aufgenommen werden.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

CDU-Fraktion

NRW-Regierung soll Zahlung an Salzgitter wieder aufnehmen

Der Oppositionsführer im nordrhein-westfälischen Landtag, Dr. Bernhard Worms, hat die SPD-Landesregierung unter Johannes Rau „dringend aufgefordert“, ihre Zahlungen für die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter wieder aufzunehmen und vorenthaltene Zahlungen nachzutrichen.

Worms begründete seinen Vorstoß mit der „Beweissicherungsfunktion der Zentralen Erfassungsstelle“. Worms wörtlich: „Salzgitter nimmt immer noch eine wichtige Aufgabe wahr, da viele DDR-Bürger erst heute wagen, frühere Menschenrechtsverletzungen anzuzeigen. Da die Menschen in der DDR aus gutem Grunde noch kein Vertrauen in die DDR-Justiz setzen, wird sich hieran auch in absehbarer Zeit nicht viel ändern.“

Ferner verwies der CDU-Politiker auf die Forderungen „nahezu aller Politiker in der DDR“, die Akten der Zentralen Erfassungsstelle zur Durchführung notwendiger Strafverfahren an die DDR herauszugeben, sobald eine frei gewählte Regierung dort rechtsstaatliche Verfahren garantiere. „Erst danach ist die Zentrale Erfassungsstelle überflüssig und kann aufgelöst werden“, sagte Worms.

Nach Angaben des CDU-Fraktionsvorsitzenden hat die jüngste deutsch-deutsche Entwicklung zu einer erhöhten Anzahl von Anzeigen bei der Zentralen Erfassungsstelle durch DDR-Bürger geführt, weil diese bisher nicht gewagt hatten, sich an die Erfassungsstelle zu wenden. So seien im Jahr 1989 noch einmal mehr als 2 000 Gewaltakte registriert worden, von denen die weitaus überwiegende Zahl nach dem 9. November 1989 angezeigt wurde. Insgesamt seien mehr als 40 000 Delikte erfaßt, davon 191 vollendete und einige tausend versuchte Tötungshandlungen, ferner insbesondere Folterungen im Strafvollzug und rechtswidrige Verurteilungen aus politischen Gründen, stellte Worms fest.

★

Die Absicht des Bundesverteidigungsministers Dr. Gerhard Stoltenberg, den Tiefflug und die damit verbundenen Belastungen für die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland weiter zu verringern, hat die CDU-Landtagsfraktion begrüßt.

„Die sich verändernde sicherheitspolitische Lage und die damit erheblich vervielfachte Vorwarnzeit machen eine weitere Reduzierung von Tiefflügen möglich“, so der Bundeswehrbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion, Peter Bensmann.

Nach Auffassung der CDU-Landtagsfraktion sollte noch vor dem Abschluß des Untersuchungsauftrages und mit dem beginnenden Sommer der Tiefflug wie folgt begrenzt werden:

1. Aufhebung der sieben Tiefflugzonen
2. Flugübungen nur noch ab 300 m über Grund
3. Weitere Reduzierung des Tieffluges durch Verlagerung der Einsatzflüge auf Übersee oder ins Ausland und der Einsatz von Simulatoren.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert darüber hinaus die Bundesregierung auf, unverzüglich mit den Alliierten Verhandlungen zu führen, damit diese, die über 60 Prozent des Fluglärms verursachen, sich den Maßnahmen der Bundeswehr anschließen.

F.D.P.-Fraktion

Marktwirtschaftliche Instrumente im europäischen Umweltschutz

Dynamik und Kreativität der Marktwirtschaft wollen die Liberalen künftig auch für den Schutz der Umwelt nutzen. Ohne einen verstärkten Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente wird es künftig keine nachhaltigen Fortschritte im Umweltschutz mehr geben, zog die F.D.P.-Landtagsfraktion das Fazit eines ganztägigen liberalen Forums „Marktwirtschaftliche Instrumente im Europäischen Umweltschutz“ im Düsseldorfer Landtag.

Das bestehende „wahnsinnig teure“ (Professor Holger Bonus) Ordnungsrecht wollen die Freien Demokraten jedoch nicht abschaffen, so MdB Gerhard Baum, wohl aber seine Effizienz verbessern, zum Beispiel durch Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, und Vollzugsdefizite abbauen. Wofür auch der Präsident des Umweltbundesamtes, von Lersner, plädierte.

Eher skeptisch stehen die Freien Demokraten allerdings den zuletzt besonders von der SPD favorisierten Öko-Steuern gegenüber. In Übereinstimmung mit zahlreichen Forumsteilnehmern aus Unternehmen und Verbänden warnte der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion der F.D.P., Dr. Solms, davor, in Öko-Steuern einen Königsweg künftiger Umweltpolitik zu sehen. Aus Sicht der Liberalen bietet sich ein wesentlich breiterer Fächer von Instrumenten für eine „ökologische“ Marktwirtschaft an: von finanziellen Anreizen über emissionsbezogene Abgaben, freiwillige Vereinbarungen, verschärfte Umwelthaftungen bis hin zu Kompensationslösungen, Benutzervorteilen und der Privatisierung von Entsorgungseinrichtungen.

Auch Klaus Beckmann, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, sprach sich dafür aus, den Preismechanismus zu nutzen („die Nutzung knapper Umweltgüter muß zu einem Kostenfaktor werden, der den Verursacher belastet“).

Im übrigen zeige sich am Beispiel der DDR, daß moderner Umweltschutz nicht ohne eine moderne Wirtschaft zu realisieren ist. Eine Auffassung, der der stellvertretende DDR-Umweltminister, Wilfried Pickert, voll und ganz zustimmte. Pickert kündigte darüber hinaus an, in den neu zu bildenden Ländern der DDR würden künftig alle Umweltzuständigkeiten in Umweltämtern zusammengefaßt.

Der Auffassung, das europäische Zusammenwachsen werde sich umweltpolitisch zunächst als Rückschritt erweisen, widersprach entschieden Professor Dr. Brinkhorst, Generaldirektor der EG-Kommission für Umwelt: „Es wird ein Binnenmarkt mit hohen Umweltstandards geben oder es wird keinen Binnenmarkt geben.“

★

F.D.P.-Forum: Denkmalschutz und Neues Bauen

Außerordentliche Resonanz fand auch ein Architekturforum der F.D.P.-Landtagsfraktion. Über 1 200 freischaffende Architekten nahmen an der Podiumsdiskussion „Denkmalschutz und Neues Bauen“ teil. Unter der Leitung von Dr. Wibke von Bonin (WDR) diskutierten

- Professor Dr. Hiltrud Kier, Köln, Stadtkonservatorin
- Professor Dr. Udo Mainzer, Pulheim, Landeskonservator Rheinland
- Professor Dieter Georg Baumewerd, Münster, Architekt BDA
- Professor Wolfgang Döring, Düsseldorf, Architekt, RWTH Aachen.

Gerne wurde außerdem die Gelegenheit wahrgenommen, fachmännisch den neuen Landtag zu begutachten.

Stiftung Wohlfahrtspflege fördert 185 Einrichtungen

Der Stiftungsrat der Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege hat durch seinen Vorsitzenden, den SPD-Landtagsabgeordneten Ulrich Schmidt, den Geschäftsbericht für das Jahr 1989 vorgelegt. Danach hat dieses aus Landtagsabgeordneten, Vertretern der Landesregierung und der Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege zusammengesetzte zehnköpfige Gremium im Jahre 1989 genau 185 soziale Einrichtungen und Maßnahmen mit Zuschüssen gefördert. Die Förderungszuschüsse beliefen sich auf 44 Millionen Mark. Insgesamt sind der Stiftung von Januar bis Dezember 1989 aus den drei Spielbanken Aachen, Oeynhausen und Dortmund-Hohensyburg über 110 Millionen Mark zugeflossen. Nach dem nordrhein-westfälischen Spielbankgesetz erhält die Stiftung selbst von diesen Bruttospielerträgen einen im Haushaltsplan festgelegten Anteil. Für 1989 betrug er 45,1 Millionen Mark. Hinzu kamen 50 Prozent der Mehreinnahmen der Spielbank Dortmund-Hohensyburg, so daß sich die Einnahmen der Stiftung auf 46,927 Millionen Mark beliefen. Für das laufende Geschäftsjahr ist der Anteil an der Spielbankabgabe durch den Etat 1990 auf 45,425 Millionen Mark festgesetzt worden, zuzüglich der eventuellen Mehreinnahmen, die über den für Hohensyburg veranschlagten Betrag von 70,87 Millionen Mark hinausgehen. Der Vorsitzende Ulrich Schmidt gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Stiftung nach Entspannung der Haushaltslage des Landes die dem Land verbleibende Spielbankabgabe wie bis 1982 in voller Höhe zufließen möge. Dem Stiftungsrat gehören die Landtagsabgeordneten Karlheinz Bräuer, Lothar Hentschel, Bodo Champignon, Siegfried Janowski, Hermann Jansen und Vorsitzender Ulrich Schmidt (alle SPD) sowie Ruth Hieronymi, Antonius Rösenberg, Heinrich Dreyer und Margarete Verstege (alle CDU) an.

★

Armin Zweite, bisher Direktor der Städtischen Galerie im Lenbachhaus in München, leitet ab Oktober 1990 die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf. Im Beisein von Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) unterschrieb Zweite seinen Vertrag. Er wird Nachfolger von Professor **Werner Schmalenbach**, der in den Ruhestand tritt.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8842303, 8842304 und 8842545, btx: # 56801*

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Wittler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche

Als Benjamin zog **Andreas Reichel** 1985 in den **Düsseldorfer Landtag** ein. Heute ist der jetzt 28jährige schon ein richtiger Routinier. Er blickt mit ganz dezidierten Vorstellungen auf das Aufgabepaket, das der nächste Landtag seiner Auffassung nach anpacken muß. „In der europäischen Bildungspolitik beispielsweise müssen sich die Länder in den nächsten Jahren eine eigenständige Rolle erkämpfen, wenn sie nicht ihre Kompetenzen verlieren wollen“, erklärt der frischgebackene Jurist, der sich diese Thematik zum Thema seiner Doktorarbeit erkoren hat.

Zum einen gelte es durchzusetzen, daß die Länder aktiver als bisher in Brüssel mitarbeiteten, zum anderen sollten die einzelnen Regionen der europäischen Staaten untereinander Koalitionspartner für eine föderale, europäische Bildungspolitik gewinnen, um so ihren Einfluß auf die Kommission in Brüssel zu verstärken. Ganz konkret wäre dies nach Meinung des Liberalen über Rundvorlesungen an den Universitäten oder durch einen intensiveren Lehreraustausch zur Überwindung der Sprachbarrieren möglich.

Als weiteren Schwerpunkt in der Bildungspolitik sieht der F.D.P.-Politiker die Weiterbildung, an der verstärkt gearbeitet werden müsse. Hier liegt eine besonders wichtige Aufgabe für das nächste Parlament, denn kaum ein Mensch bleibt heute noch während seines gesamten Berufslebens in einem „Job“, meinte Reichel.

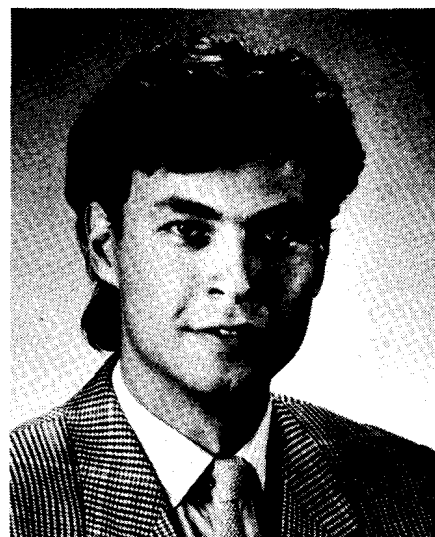
Für **Andreas Reichel** ist es keine Frage, daß er an der Gestaltung der NRW-Bildungspolitik aktiv mitarbeiten möchte. Mit Platz zehn, den der gebürtige Bielefelder auf der Landesressortliste der F.D.P. belegt, gibt es auch keinen Zweifel daran: wenn die Liberalen am 13. Mai 1990 die Fünf-Prozent-Hürde schaffen, ist auch der junge Liberale wieder dabei.

In den letzten fünf Jahren hatte der jüngste Abgeordnete im Parlament immer dann seinen Auftritt im Parlament, wenn es um Jugendpolitik ging. Allerdings gab ihm seine Fraktion darüber hinaus die Chance zu Gegenwarts- und Zukunftsfragen seiner Generation zu sprechen, beispielsweise Anträge zur Verschuldungspolitik, zu Energie- oder Hochschulfragen zu begründen.

In der nächsten Legislaturperiode möchte der Liberale allerdings mit der Bildungspolitik in ein richtiges Fachgebiet einsteigen. „Das ist ein zentrales Arbeitsfeld für einen F.D.P.-Politiker“, meint er überzeugt. Trotz dieser festgefühten Wertvorstellungen kommt **Andreas Reichel** aus keiner parteipolitisch festgelegten Tradition. Sein Vater ist Bankkaufmann, die Mutter Schulsekretärin. „Bei uns war bisher niemand parteipolitisch engagiert, allerdings herrschte immer eine liberale Grundeinstellung“, resümiert der Abgeordnete, der über die Schülerpresse, wo er eifrig mitwirkte, erste Beziehungen zu den Liberalen geknüpft hat.

Als Ende der 70er Jahre die Jungdemokraten bei der Mutterpartei in Ungnade fielen, gehörte **Andreas Reichel** zu dem kleinen Trupp sehr junger Menschen, die die Jungliberalen gründeten. „Wir waren bundesweit 37 Jugendliche, als wir uns zu den ‚Julis‘ zusammenschlossen“, erinnert sich der F.D.P.-Politiker, der heute in Köln lebt. Seit 1982 ist er Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Nordrhein-Westfalens. Mit Beendigung seiner Promotion will er das Amt abgeben. „Die 30er Marke ist für mich die Grenze, sonst wird eine Jugendorganisation unglaubwürdig“, betont der Juli-Chef.

Mit der Berufsausbildung ging es bei dem F.D.P.-Mann ebenso gradlinig voran wie in der



Andreas Reichel (F.D.P.)

Partei. Nach dem Abitur folgte der Wehrdienst. Ihm verdankt **Reichel** vor allem, daß er perfekt Maschineschreiben kann, weil man ihn als Schülerzeitungsredakteur zu einer Fernmeldeeinheit nach Wuppertal geschickt hatte. Danach folgt eine solide Bankausbildung, die der Liberale nicht missen möchte. „Das hat mich auf den richtigen Weg gebracht“, sagt er und fügt hinzu: „Ohne diese Erfahrung hätte ich vermutlich Volkswirtschaft studiert, was mir bei weitem nicht so liegt wie Jura.“ Nach elf Semestern hat er sein Examen gebaut und nach der Promotion, die er in zwei Jahren schaffen möchte, will er wieder zurück ins Bankgeschäft. Denn eines ist für den zielstrebigsten Jungpolitiker klar: der Beruf muß stets als Standbein vorhanden sein, damit er als Politiker unabhängig bleibt. Auf keinen Fall will er zu einem von der Partei abhängigen Berufspolitiker werden.

Dabei hat sich bei **Andreas Reichel** die politische Karriere wie im Bilderbuch entwickelt. Fast gleichzeitig mit seinem Eintritt bei den Julis wurde er auch F.D.P.-Mitglied und als Landesvorsitzender der Jugendorganisation kam er auch automatisch in den NRW-Landesvorstand der F.D.P. Als 1984 eine neue Mannschaft für die zwischen 1980 und 1985 außerparlamentarischen Liberalen aufgestellt wurde, stand der Juli-Chef auf der Kandidatenliste. „Ohne Rücksicht auf Erblasten und alte Besitzstände wurde ein Team aufgestellt, das möglichst repräsentativ für die Wähler der F.D.P. sein sollte“, sagt **Reichel**. Er selber hatte zunächst Zweifel, ob ein Landtagsmandat mit seinem Studium zu vereinbaren sei. „Diese Bedenken hat dann **Willi Weyer** zerstreut“, erinnert sich der junge Liberale und fügt hinzu: „Er meinte, ich könne das Jurastudium ganz gut über die Runden bringen, wenn ich nicht nur Gesetze lernte, sondern gleichzeitig im Parlament weiche machte.“

Die damalige Entscheidung hat der F.D.P.-Abgeordnete nicht bereut, auch wenn er heute schon wie ein richtiger alter Fuchs über Freizeitmangel stöhnt. „Obwohl ich früher mal recht sportlich war, ist heute so gut wie nichts mehr drin“, meint er und setzt hinzu, außer zweimal in der Woche joggen gäbe es keine andere Bewegungsmöglichkeit. Dafür geht er recht häufig ins Konzert. Klavierstücke von Mozart und Chopin gehören zu seiner bevorzugten Musik. Eine besondere Schwäche hat er für italienische Opern — vorzugsweise in Freilichtaufführungen. Soweit die Zeit reicht, liebt er Kurzreisen in europäische Großstädte als Verschnaufpausen vom Politikerleben. Wien und London sind seine Lieblingsmetropolen.

Gerlind Schaidt

Zur Person

Geburtsliste

vom 9. 4. bis 6. 5. 1990

- 9. 4. **Wolfram Kuschke** (SPD), 40 J.
- 10. 4. **Gerhard Brock** (CDU), 68 J.
- 10. 4. **Wolfgang Schlotmann** (CDU), 49 J.
- 11. 4. **Manfred Ludwig Mayer** (SPD), 56 J.
- 13. 4. **Hildegard Matthäus** (CDU), 56 J.
- 15. 4. **Karl-Heinz Schnepel** (SPD), 58 J.
- 15. 4. **Andreas Reichel** (F.D.P.), 29 J.
- 16. 4. **Herbert Heidtmann** (SPD), 62 J.
- 18. 4. **Heinrich Meuffels** (CDU), 63 J.
- 18. 4. **Heidi Busch** (CDU), 35 J.
- 19. 4. **Walter Neuhaus** (CDU), 58 J.
- 20. 4. **Ingeborg Friebe** (SPD), 59 J.
- 20. 4. **Heinz Schleußer** (SPD), 54 J.
- 20. 4. **Lothar Hegemann** (CDU), 43 J.
- 21. 4. **Heinz Hunger** (SPD), 52 J.
- 21. 4. **Anne-Hanne Siepenkothen** (CDU), 41 J.
- 22. 4. **Toni Schröder** (CDU), 58 J.
- 24. 4. **Hans Wagner** (CDU), 56 J.
- 26. 4. **Friedel Meyer** (F.D.P.), 61 J.
- 28. 4. **Hans Hoof** (CDU), 65 J.
- 5. 5. **Franz Püll** (CDU), 63 J.
- 6. 5. **Antonius Rösenberg** (CDU), 47 J.

★

Rudolf Wickel, F.D.P.-Abgeordneter aus Bonn im Düsseldorfer Landtag, ist beim ordentlichen Landesparteitag der F.D.P. in Köln als stellvertretender Vorsitzender in den neuen Landesvorstand gewählt worden. Vorsitzender wurde **Jürgen W. Möllemann** aus Münster. Der Fraktionsvorsitzende im Landtag, **Dr. Achim Rohde**, gehört dem geschäftsführenden Vorstand „qua Satzung“ an. Zu den in Köln gewählten „Kurfürsten“ zählen die F.D.P.-Landtagsabgeordneten **Joachim Schultz-Tornau** aus Bielefeld und **Hagen Tschöeltsch** aus Neunkirchen. Beisitzer der 18köpfigen Freien Liste wurden unter anderem die F.D.P.-Landtagsabgeordneten **Hans-Joachim Kuhl** aus Kamp-Lintfort, **Heinz Lanfermann** aus Oberhausen, **Dagmar Larisika-Ulmke** aus Fröndenberg, **Andreas Reichel** aus Köln, **Dr. Horst-Ludwig Riemer** aus Düsseldorf, **Marianne Thomann-Stahl** aus Paderborn und **Ruth Witteler-Koch** aus Mönchengladbach.

★

Friedel Neuber, Vorstandsvorsitzender der Westdeutschen Landesbank (WestLB), ist vom Bundespräsidenten mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. In der Begründung hieß es, Neuber habe seit 1981 als Vorstandsvorsitzender durch zukunftsweisende Zielsetzungen der WestLB auch international zu hoher Anerkennung verholfen. Der Chef der Bank nahm den Orden aus den Händen von Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) entgegen. Friedel Neuber gehörte von 1962 bis 1975 dem Landtag als SPD-Abgeordneter an und war zuletzt stellvertretender Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses.

★

Erich Heckelmann, SPD-Landtagsabgeordneter, ist für seine 25jährige Tätigkeit als Vorsitzender des Grevenbroich-Neukirchner Gesangsvereins „Rheingold Neukirchen“ mit der Verdienstplakette in Silber des Sängerbundes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet worden.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



500 rheinische Sprachproben: Genau 500 Dialekttexte enthält ein gewichtiges Buch mit dem Titel „Das rheinische Platt. Eine Bestandsaufnahme“, das jetzt vom Amt für rheinische Landeskunde (Bonn), einer Dienststelle des Landschaftsverbandes Rheinland, herausgegeben wurde. Im Jahre 1981 haben die Bonner Sprachwissenschaftler damit begonnen, in allen Ecken des Rheinlandes Mundartsprecher mit dem Tonband aufzunehmen. Deren Erzählungen, Schilderungen und Berichte wurden im Anschluß in einer leicht lesbaren Lautschrift transkribiert (verschriftet). Das Bild zeigt Dr. Georg Cornelissen, einen der drei Herausgeber des Werkes, bei diesem — sehr zeitaufwendigen — Arbeitsgang. Der nun erschienene, 667 Seiten starke Band stellt die erste mundartliche Textsammlung des Rheinlandes dar, die sowohl den Ansprüchen der authentischen Bestandsaufnahme wie der zuverlässigen Verschriftung genügt; eine Tonkassette mit 21 ausgewählten Sprachbeispielen ergänzt das Buch. Das Werk, Dokumentation und Lesebuch zugleich, ist gedacht für Mundartsprecher und Mundartinteressierte, aber auch für Sprachwissenschaftler und nicht zuletzt für Lehrer, die Sprach- und Sprechproben für ihren Unterricht suchen. — Die Bonner Dialektexperten, zu deren Hauptaufgaben auch die Beratung und Betreuung örtlicher Hobbyforscher und Arbeitskreise gehört, gehen nun an die vergleichende Auswertung und Untersuchung der dokumentierten Texte, deren Ergebnisse in einem Folgeband veröffentlicht werden sollen.

Foto: Weber/Amt für rheinische Landeskunde

Beratungslehrkräfte für Suchtvorbeugung

Den Beratungslehrerinnen und Beratungslehrern für Suchtvorbeugung können Entlastungsstunden aus dem allgemeinen Entlastungskontingent der einzelnen Schulen gewährt werden. Die Landesregierung verkenne nicht die Notwendigkeit verstärkter Drogenprävention in den Schulen und werde daher bemüht bleiben, die Beratungslehrkräfte noch spürbarer zu entlasten.

Das betont Kultusminister Hans Schwier (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Beatrix Philipp (Drs. 10/5316 und 5170). Schwier verweist darauf, daß im Januar dieses Jahres allen Schulen in NRW eine vom Landesinstitut für Schule und Weiterbildung entwickelte Konzeption zur schulischen Sucht- und Drogenvorbeugung zur Verfügung gestellt worden sei.